Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 110,— M., für das übrige Ausland 140,— M.
Verl. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I Tel. Moabit 2021.

Freitag, den 4. August 1922

5. Jahrg. Nummer 291

Die zwölfgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4,— M., jedes weitere Wort 3,— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3,— M., jedes weitere Wort 2,— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ernste Lage

Von A. Stein-Berlin.

Der Marksturz, der vor einigen Wochen einsetzte, hat einen bisher unerhörten Umfang angenommen. Innere und äußere Gründe wirken hier zusammen, um die gesamte internationale Politik vor neue gewaltige Erschütterungen zu stellen.

Die Mörder Rathenaus und die hinter ihnen stehenden deutschnationalen Politiker können sich das „Verdienst" zuschreiben, diese neue katastrophale Wendung eingeleitet zu haben. Den Weg dafür haben allerdings schon jene volksparteilichen großindustriellen Kreise bereitet, die alle Minen springen ließen, um den Abschluß einer Anleihe, die Deutschland eine „Atempause" verschafft hätte, zu verhindern. Hugo Stinnes war es, der damals auf einer großindustriellen Tagung erklärte, man müsse die Gefahr der Besetzung irgendwelcher deutscher Gebiete nicht gar zu tragisch nehmen. In derselben Richtung bewegt sich auch die Politik der bayerischen Vendée, die in ihrem Kampf gegen die deutsche Republik das gleiche Ziel verfolgt, Zerschlagung des Einheitsstaates, Zerfall der Republik, Zersplitterung der Arbeiterklasse, um auf den Trümmern des Staates die junkerlich-kapitalistische Diktatur aufrichten zu können.

Die katastrophale Wendung der innerdeutschen Politik wird verstärkt und ergänzt durch die Entwicklung der äußeren Politik in den letzten Monaten. Während die deutsche Arbeiterklasse unter Anspannung aller Kräfte die Existenz der Republik vor den deutschnationalen Mörderbanden zu schützen suchte, wirkten sich in der internationalen Politik die Folgen der mißlungenen Genua-Konferenz und der gescheiterten Anleiheverhandlungen aus. Die Versuche der kapitalistischen Staatsmänner, die blutenden Wunden Europas: das russische Problem und die deutsche Reparationsfrage, einer Heilung entgegenzuführen, scheiterten an den Widersprüchen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und den Gegensätzen der verschiedenen Mächtegruppen. Ein geringes Nachlassen der Wirtschaftskrise in den führenden Industrieländern: Großbritannien und den Vereinigten Staaten, wirkte zeitweise mit, um das Streben nach Lösung der bestehenden Probleme abzuschwächen. Doch mit verdoppelter Stärke tritt nun erneut an die verantwortlichen Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker aller Länder die Frage heran, ob sie angesichts der ungeheuren Verstärkung der Reparationsfrage die Dinge ihren Lauf nehmen lassen oder ob nicht vielleicht der entscheidende Augenblick gekommen ist, um mit Hilfe durchgreifender internationaler Maßnahmen die gesamte Wirtschaft Europas vor der drohenden Katastrophe zu retten.

Denn darüber gibt sich doch auch in den sogenannten „Siegerländern" kein Einsichtiger der Täuschung hin, daß mit den bisherigen Mitteln ein Ausweg aus den furchtbaren finanziellen und wirtschaftlichen Nöten der Welt gefunden werden könnte. Alle sind vielmehr der Ueberzeugung, daß die Krise Deutschlands, die zum wesentlichen Teil im Versailler Friedensvertrag wurzelt, notwendigerweise die Krise der gesamten Weltwirtschaft und der internationalen Politik nach sich zieht. Zugleich breitet sich immer stärker die Erkenntnis aus, daß der völlige Zusammenbruch Deutschlands auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch anderer Länder, vor allen Dingen Frankreichs, nach sich ziehen würde, und daß die sozialen Erschütterungen und Explosionen, die diesem Zusammenbruch auf dem Fuße folgen müßten, die Existenz der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufs Spiel setzen würden.

Die Furcht vor diesen sozialen Erschütterungen war es hauptsächlich bisher, die die Staatsmänner der kapitalistischen Regierungen zu ihren Konferenzen, Erörterungen, Revisionen usw. veranlaßte. Nur unter dem Druck der gewaltig anschwellenden Arbeitslosigkeit in England und der daraus sich ergebenden Erregung der arbeitenden Massen hat Lloyd George Ende vorigen Jahres die Initiative zur internationalen Regelung der schwebenden wirtschaftlichen Fragen ergriffen. Nur unter dem Druck der zunehmenden finanziellen Nöte und der steigenden Empörung der Massen werden sich auch jetzt die Staatsmänner und maßgebenden Wirtschaftspolitiker zu einschneidenden Maßnahmen und zur Abkehr von ihrer bisherigen Politik bequemen.

Nach der Gestaltung in den letzten Wochen liegen insbesonde auf finanziellem Gebiet die Dinge so, daß es schlechterdings kein Ausweichen mehr gibt. Die Katastrophe der Mark zieht automatisch auch die Frankenkatastrophe nach sich; die ungeheure Verschuldung Frankreichs fördert mit jedem Tage immer mehr die Gefahr isolierter französischer Aktionen, die Konflikte von ungeheurer Tragweite heraufbeschwören können; die zunehmende Zahlungsunfähigkeit Deutschlands endlich rückt die Revision des gesamten Reparationsproblems immer mehr in den Vordergrund.

Die Erkenntnis dieser Dinge tritt mit aller Deutlichkeit in der neuesten Note Balfours an die Alliierten zu Tage. Die politische Linie, die Lloyd George seit Beginn dieses Jahres bis zum Ende der Genua-Konferenz einhielt, wird von der englischen Regierung wieder aufgenommen. In zwölfter Stunde macht England noch den Versuch, die Reparationsfrage, die durch die neuesten Vorstöße Poincarés zu einem unentwirrbaren Knäuel zu werden droht, einer halbwegs befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Mit einer Deutlichkeit, die bisher in allen amtlichen englischen Kundgebungen noch nicht zu finden war, erklärt England sich bereit, alle ihm von den Alliierten geschuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bildet. Die englische Regierung will diesen Verzicht leisten, ohne daß auch die anderen Alliierten ihre Reparationsansprüche gegenüber Deutschland aufzugeben brauchen. Aber sie will nur dann auf ihre Gläubigerrechte gegenüber den schuldnerischen Staaten verzichten, wenn dieses Opfer den Teil eines allgemeinen Systems zur Schuldenregelung und Reparationslösung bilden würde. Mit diesen Erklärungen hat England, dem die übrigen Alliierten ungeheure Beträge schulden, das aber seinerseits eine ungeheure Schuld in den Vereinigten Staaten abzutragen hat, sein stärkstes Druckmittel in die Wagschale geworfen, indem es unter Verzichtleistung auf die ihm zustehenden Schuldenzahlungen und Reparationen das Problem der internationalen Schuldenregelung aufgerollt hat.

Die Reichsregierung hat das Wort!

Bayerns Antwort auf Eberts Brief

Berlin, 3. August.

Zwei Meldungen aus Bayern beleuchten die Situation in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich. Es ist die Antwort der bayerischen Regierung auf den Vermittlungsversuch des Reichspräsidenten und die Bestrebungen auf eine Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition nach rechts. Und beide Meldungen bedeuten eine Verschärfung des Konflikts. Was die Antwort betrifft, so enthält sie das, was wir voraussagten: Der Vermittlungsvorschlag des Reichspräsidenten ist gescheitert. Die bayerische Regierung denkt gar nicht daran, ihr verfassungswidriges Vorgehen aufzugeben. Sie besteht auf ihren Kampf gegen die übrigen Länder und das ganze außerbayerische Reich. Sie verlangt „dauernde Bürgschaften" für diesen Kampf, wozu selbst die Drohung mit den „treu deutsch gesinnten Kreisen" nicht verschmäht wird. Das geschieht in demselben Atemzuge mit der Versicherung, jeden Zwang auszuschließen. Bayern verlangt „Hoheitsrechte" für die einzelnen Länder, denkt dabei natürlich nur an sich selbst, wodurch die Reichsverfassung praktisch aufgehoben wird. Die Erfüllung des bayerischen Verlangens wäre nicht mehr und nicht weniger als der Beginn der Reichsauflösung. Darüber zu verhandeln, wie Bayern vorschlägt, wäre geradezu Selbstmord der Republik, ganz abgesehen davon, daß dazu weder Regierung noch Reichspräsident berechtigt sind.

Bayern will los von der Republik — das ist der objektive Eindruck ihrer Antwort. Die Reichsregierung muß wissen, was sie aus inner- und außerpolitischen Gründen zum Schutze der Republik und ihrer Verfassung zu tun hat. Als wir kürzlich darauf hinwiesen, daß Bayern bedingungslos die Reichsverfassung anerkennen muß, da ließ die Regierung melden, daß das auch ihre Meinung sei. Wir hoffen, daß die Regierung jetzt auch zu ihren Worten steht, fürchten aber, daß die gemeldeten Verhandlungen zwischen Ebert und Lerchenfeld der Reichsregierung durch ein faules Kompromiß Knüppel zwischen die Beine werfen. Das Reich muß jedes Kompromiß ablehnen und der Reichspräsident muß von seinem verfassungsmäßigen Recht oder besser gesagt von seiner Pflicht Gebrauch machen. Oder das Reich wird aufhören, als einheitlicher Staat und einheitliche Verfassung zu bestehen. Ehe es soweit kommt, werden jedoch die Arbeiterorganisationen noch ein gewichtiges Wort zu sprechen haben!

Die Antwort Bayerns

München, 2. August.

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 regt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reiche und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohle unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Art. 48 Abs. 4, Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen.

Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtigen Dank; denn auch sie erblickt in der Ausschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, **daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten.** Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen versagen, um so mehr, als eine bloß formalrechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren

wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiete

liegt.

Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die Bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord wie aus der Pfalz Ausdruck findet. **Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, den Keim neuer Verwicklungen bergende Regelung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohles die Verantwortung nicht übernehmen könnte.**

Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkte der politischen Betrachtung, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr verehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge, **um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft** zu erhalten und durch Vorschriften, die eine dauernde Bürgschaft dafür böten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden könnten.

Zum Schluß darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart und des staatlichen Lebens gebieterisch dazu führen sollten, das ganze deutsche Volk in seinen einzelstaatlichen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochschätzung bin ich

Ihr sehr ergebener

ges. Hugo Graf Lerchenfeld.

Bisher haben sich die alliierten Regierungen aus mannigfachen Gründen gehütet, dieses Problem in so klarer und bestimmter Form aufzustellen. Zwar hat sich England schon vor zwei Jahren bereit erklärt, unter Umständen auf die ihm zustehenden Schuldenzahlungen zu verzichten, aber dieser ziemlich schüchterne Vorstoß scheiterte an der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten, des Hauptgläubigers Europas, die sich dieses Druckmittel auf die europäische Politik nicht begeben wollten und andererseits den Widerstand der kapitalistischen Kreise bei einer eventuellen Verzichterklärung auf die Schuldenzahlungen fürchteten. Nun haben die Vereinigten Staaten den Stein selbst ins Rollen gebracht, indem sie die englische Regierung aufforderten, die seit 1919 rückständigen Schuldenzinsen zu bezahlen, die Schulden zu fundieren und sie binnen 25 Jahren zurückzuzahlen. England antwortet auf diese Forderungen, indem es durch die Note Balfours an die Alliierten appelliert, eine gemeinsame Regelung des interalliierten Schuldenproblems vorzunehmen.

Von dieser Regelung hängt in der Tat in hohem Maße die weitere Entwicklung der Reparationsfrage ab. Die Konferenzen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationalen haben schon in vorigem Jahre, neben anderen Maßnahmen internationaler Natur zur Behebung der Weltwirtschaftskrise, die Forderung der internationalen Schuldenstreichung aufgestellt und fortgesetzt auf ihre Verwirklichung gedrängt. Nun sieht sich auch England als führender kapitalistischer Staat, der die Konsequenzen der herrschenden finanziellen und wirtschaftlichen Krise am ehesten erfaßt, genötigt, dieser Forderung der internationalen Arbeiterklasse in seiner praktischen Politik Raum zu geben. Nicht aus Sympathie für die Arbeiterklasse, sondern aus der beginnenden Erkenntnis heraus, daß die Richtlinien der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationalen den einzigen Weg weisen, der die von furchtbaren Krisenerscheinungen erschütterten Länder vor dem Chaos und dem drohenden Zusammenbruch zu retten vermag.

Ob die von der englischen Regierung in letzter Stunde ergriffene Initiative der Reparationsfrage eine neue Wendung gibt, müssen schon die nächsten Tage erweisen. Die Lage ist jedenfalls so ernst, daß eine Verschleppung der endgültigen Entscheidungen unmöglich ist. Hier wirken nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Markkatastrophe mit, hier spielen auch die letzten scharfen Noten Poincarés, dessen letzte Ziele noch ziemlich im dunkeln liegen, eine wesentliche Rolle. Ziemlich wahrscheinlich ist auch, daß die bayerische Frage in diese Zusammenhänge hineingehört, und daß die antirepublikanischen Rebellen in München den auf die Schaffung eines Rheinbundes und die Zerschlagung des deutschen Einheitsstaates hinsteuernden französischen Politikern ebenso das Spiel erleichtern, wie dies Hugo Stinnes im Hinblick auf das Ruhrgebiet schon im Sommer 1920 tat und noch heute tut.

Für die deutsche Arbeiterklasse ergeben sich aus der ungeheuren zugespitzten inneren und äußeren Situation Fragen von weittragender Bedeutung. Obwohl durch die Gestaltung der internationalen Politik das Maß des selbständigen Vorgehens Deutschlands auf ein Minimum beschränkt ist, kann auch von deutscher Seite vieles getan werden, um einerseits die Lösung der Reparationsfrage in eine für Deutschland günstige Richtung zu lenken und andererseits die arbeitenden Massen von dem Versinken in das Elend zu bewahren, das mit jedem Tag immer mehr der übergroßen Mehrheit des Volkes droht. Ueberflüssig zu sagen, daß bei den bürgerlichen Parteien gar keine oder nur eine sehr geringe Bereitwilligkeit dafür besteht, in dieser Richtung zu arbeiten. Die einflußreichen Kreise der Bourgeoisie sind, unabhängig von ihrer politischen Schattierung, Gegner einer Politik, die die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Lage durch vernünftige Maßnahmen zu beheben sucht. Sie sind es vielmehr, die seit Abschluß des Friedens seine Erfüllung sabotiert, den Aufbau der Wirtschaft gehemmt, die Finanzwirtschaft ruiniert, die Kapitalflucht gefördert, die Mächte der Konterrevolution gestärkt und die Hauptlasten der Reparation sowie die katastrophalen Folgen der Markentwertung den arbeitenden Massen aufgebürdet haben. Diese bürgerlichen Kreise sind es auch heute noch, die kalten Blutes zuschauen, wie das arbeitende Volk mit jedem Tage mehr und mehr im Elend versinkt, die Staatswirtschaft zu Grunde geht und der Boden planmäßig vorbereitet wird für eine monarchistische Konterrevolution und einen nationalistischen Revanchekrieg.

„Wir können warten!" sagen sich jene Junker und Kapitalisten, die ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben und auch der kommenden Produktionseinschränkung mit Gleichmut entgegensehen. Die Arbeiterklasse jedoch kann nicht warten. Sie kann nicht ruhig mit ansehen, wie die Millionen der arbeitenden Männer und Frauen durch jede weitere Markentwertung, durch jede neue Notenemission, durch jeden neuen Vorstoß der Reaktion um ihren Reallohn geprellt und immer größerem Elend ausgeliefert werden. Sie kann auch nicht warten, bis die Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker der anderen Länder von sich aus zu irgend welchen Maßnahmen schreiten, die die unerträgliche Lage Deutschlands zu erleichtern vermögen. Die deutsche Arbeiterklasse muß vielmehr, wenn sie nicht untergehen will, all ihre Kraft und Energie anspannen, um im Rahmen ihrer nationalen Bewegung das Maximum an Energie und Tatkraft, das Maximum an Einigkeit und Geschlossenheit zu entfalten. Und es muß, wenn es nicht auf vorgeschobenem Posten zusammenbrechen will, an die Hilfe der Arbeiterklasse der anderen Länder, vor allen Dingen an die Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens appellieren, durch starken und immer zunehmenden Druck auf die Regierungen die Revision des Friedens zu erzwingen, die Lasten der Reparationen zu lindern, die Existenz der deutschen Republik sicherzustellen und den vielen Millionen verelendeter Lohnsklaven in Deutschland menschenwürdige Existenzmöglichkeiten zu verschaffen. Nur durch energisches Zusammenwirken des Proletariats auf nationalem und internationalem Boden, nur durch Einigkeit, Tatkraft und Geschlossenheit wird die Krise behoben werden, die gegenwärtig das Proletariat Deutschlands und aller anderen Länder mit furchtbaren Erschütterungen bedroht.

Kriegsschuldenregelung, Reparationen und Sanktionen

Die Noten Poincarés und Englands stehen gegenwärtig, wie nicht anders zu erwarten, in allen Ländern im Vordergrunde der politischen Erörterungen. Die Frage der Reparationen befindet sich in einem außerordentlich kritischen Stadium. Wenn nicht bald eine entscheidende Wendung in der ganzen Reparationspolitik eintritt, ist der völlige Niederbruch der europäischen Wirtschaft unvermeidlich. In England wird die Sanktionspolitik dr französischen Regierung allgemein verurteilt. „Evening Standard", „Daily Telegraph" weisen ausdrücklich darauf hin, daß der neueste und bisher gewaltigste Marksturz eine Folge der Note Poincarés sei. Habe Poincaré das auch nicht gewollt, meint „Daily Telegraph", so hätte er dies doch voraussehen müssen. Wenn Deutschland England fragen würde, ob Poincaré das Recht habe, imNamen aller Alliierten und besonders im Namen Englands zu sprechen, werde England in die peinliche Lage versetzt, diese Frage mit einem Nein zu beantworten. Sanktionen im besetzten Gebiet könnten nicht von Frankreich selbständig vorgenommen werden. Damit würde der Versailler Vertrag zerrissen. Frankreich werde es sich zweimal überlegen, ob es das wagen dürfe.

Poincaré beabsichtigt, der Londoner Konferenz einen neuen Reparationsplan vorzulegen. Nach dem „Petit Parisien" soll Deutschland eine realisierbare Schuld von 50 Millionen Mark, gemäß den Festsetzungen vom 5. Mai 1921, auferlegt werden. Die Mobilisierung soll durch internationale Anleihe erfolgen. Von dem anderen Teil, der nach den Festsetzungen vom 5. Mai 1921 bemessenen Schuld, 70 bis 85 Milliarden Goldmark, könnten Beträge annulliert werden, jedoch dürfe die Gesamtsumme für Sachleistungen 30 Prozent des Gesamtbetrages nicht übersteigen. Außerdem müßten die 50 Milliarden Goldmark restlos für die Reparation der Schäden selbst verwendet werden. Im weiteren soll eine Stabilisierung der deutschen Mark vorgenommen und die Zolleinnahme unter Kontrolle gestellt werden, damit diese direkt und sofort dem Garantieausschuß übermittelt werden könnten. Ferner wird eine Abgabe vom deutschen Kapital verlangt, beispielsweise durch Ueberlieferung von 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industriegesellschaft. Nach Errichtung solcher Finanzvormundschaften über Deutschland könnten die alliierten Regierungen den Tag abwarten, an dem Deutschland in der Lage sein werde, im Auslande selbst zu borgen, so daß die Bevormundung der Alliierten falle und an die Inhaber der deutschen Schuld übergehen würde.

In Frankreich wird auch der Standpunkt vertreten, daß die Regelung der Kriegsschulden für den Wiederaufbau Europas unentbehrlich ist. Poincaré beabsichtigt, in seinem Reparationsplan zu erklären, daß Frankreich auf seine Guthaben gegenüber den kleinen Alliiertn und auf einen Teil der Reparationen verzichtn werde, wenn England gleichzeitig auf sein Guthaben in Frankreich und auf seinen Anteil an den Reparationen verzichtet. Ein gemeinsamer Schritt in Amerika sei jetzt jedoch unzweckmäßig. Auch in England werden der englischen Regierung Vorhaltungen gemacht wegen der Note, in der an Amerika appelliert wird, auf einen Teil der Kriegsschulden zu verzichten. Lord Robert Cecil äußerte in einer am Dienstag in Oxford gehaltenen Rede, Amerika werde solange kein Geld geben, solange Europa seine Geldmittel für Rüstungen verschwende.

In Amerika begegnet die englische Note allgemeiner Ablehnung. Die amerikanische Regierung hat mehrfach erklärt, daß sie ihre europäischen Guthaben als erstklassig betrachtet und keinesfalls daran denkt, auf sie zu verzichten. Zu einer Annullierung der Schulden ist überdies die Ermächtigung des Kongresses notwendig. Dieser aber wird nach der amerikanischen Auffassung schwerlich ein solches Gesetz annehmen.

Was die französische Regierung plant

(DA.) Paris, 3. August. Die Zwangsmaßnahmen der französischen Regierung, die am 5. August in Kraft treten sollen, falls bis dahin nicht eine Erklärung der deutschen Regierung vorliegt, daß sie bereit ist, die am 15. August fällige Summe der Ausgleichszahlungen zu leisten, sind vierfacher Art.

1. Beschlagnahme der Reichseinnahmen wie Zölle, Steuern usw.
2. Beschlagnahme einer Anzahl industrieller Werke im besetzten Gebiet sowie Beschlagnahme des Privateigentums und Vermögens von Handelsfirmen daselbst.
3. Beschlagnahme des Vermögens deutscher Staatsangehöriger in Elsaß-Lothringen.
4. Vorbereitungen wirtschaftlicher Sanktionen auch in den übrigen Gebieten des Reiches bezüglich der Zoll-Einnahmen.

(EP.) Paris, 3. August. Im „Journal" erklärt Lucien Chatisaigne, daß die Sanktionen gegen Deutschland, die Poincaré in der Frage der Kompensationszahlungen gegen Deutschland zu ergreifen beabsichtigt, die folgenden seien: Errichtung einer Zollgrenze gegen Deutschland und Herabsetzung der Zölle zwischen Frankreich und dem Rheinlande; Schaffung eines besonderen Budgets für das Rheinland, Ersetzung des Markgeldes im Rheinlande durch eine gesunde Devise; die preußischen Beamten im Rheinlande durch rheinische Beamte ersetzt werden, die Vollmachten der Rheinlandskommission würden ausgedehnt, und eine Provinzversammlung einberufen werden; die deutschen Industriellen des besetzten Gebietes würden enteignet und die Hilfsquellen des Rheinlandes würden direkt durch Frankreich ausgebeutet.

Mißstimmung gegen Frankreich

Sir Robert Horne peinlich überrascht

(DA.) London, 3. August. In offiziellen englischen Kreisen gibt sich eine starke Mißstimmung gegen Frankreich kund, die unverkennbar ihre Ursache in der letzten Drohnote Poincaré hat. Es verlautet, daß insbesondere der Schatzkanzler, Sir Robert Horne, sein Erstaunen und seiner peinlichen Ueberraschung über die Note kräftigen Ausdruck gegeben hat. Trotz alledem verhält man sich in Regierungskreisen zunächst abwartend. Man will erst einmal sehen, welcher Art die Sanktionen sein werden, die Poincaré gegen Deutschland anwenden will und wird, und dann prüfen, ob Frankreich auch das Recht hat, diese Sanktionen ohne Befragung seiner Verbündeten zur Durchführung zu bringen.

Baltikumer-Idyll in Pommern

Wir erhalten aus Klein-Raddow (Post Groß-Raddow) im Kreise Regenwalde eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Die Baltikumer sind auch noch vertreten. Es war hier schon dreimal „Haussuchung". Auch heute (am 31. Juli) wieder. Wenn die Herren haussuchen kommen, dann begrüßen sie sich natürlich zuerst mit den Baltikumern **und dann geht es an den Viertisch. Dann wird auf die Regierung geschimpft, daß zuviel Juden da sind usw., das ist alles.** Wenn sie dann gehen, werden die Herren Baltikumer zum Sonntagskaffee eingeladen. Damit ist die „Haussuchung" beendet."

Sollte man den Leuten, die bei den Baltikumern „haussuchen", und dabei eine sehr eigenartige Auffassung vom Schutz der Republik haben, nicht beibringen können, daß wir so etwas wie ein Schutzgesetz und ein Beamtendisziplinargesetz haben?

„Die Mordtaten von links"

Die „Deutsche Zeitung", das Beiblatt der deutschvölkischen Mörderorganisationen, hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, die seit der Revolution verübten „Mordtaten von links" aufzuzählen. Sie bringt es auf 276 Fälle. Daß ihr Material in jeder Weise hieb- und stichfest ist, geht daraus hervor, daß sie einfach das Datum anführt und dann bemerkt: zwei Regierungssoldaten erschossen, ein Gefreiter erstochen, drei Offiziere erschlagen usw. Die Namen der Getöteten werden nur in den seltensten Fällen genannt. Die „Deutsche Zeitung" hat ganz einfach die während der Kämpfe seit dem 9. November getöteten Uniformträger aufgezählt, daraus macht sie dann „politische Mordtaten von links". Wollten wir der Reihe nach die bei den Kämpfen gefallenen Arbeiter unter der Rubrik „Mord" aufführen, dann kämen nicht Hunderte, sondern Zehntausende zusammen. Sind doch allein bei den durch die Noskeruppen provozierten Kämpfen im März 1919 in Berlin **mehr als zweitausend Arbeiter oder Matrosen getötet oder verwundet worden.** Das Buch Dr. Gumbel's „Zwei Jahre Mord", das nur die Fälle aufzählt, wo eine bis ins kleinste nachgewiesene Mordtat vorliegt, stellt 340 Mordtaten von rechts fest und diese Liste ist noch nicht abgeschlossen. An der Echtheit dieses Materials hat noch kein Staatsanwalt gerüttelt. Was aber das Entscheidende dabei ist: ohne die Rechtsputschereien wären die von der „Deutschen Zeitung" aufgezählten Fälle überhaupt nicht da. Ueberdies haben die Anhänger der „Deutschen Zeitung" erst die Mordatmosphäre systematisch gefördert und die dann von links in erregter Gegenwehr verübten Taten, — es sind außer der Geißelerschießung in München etwa noch 5 Fälle vorgekommen — sind allesamt hart gesühnt worden. Von den Mordbuben von rechts hingegen, die die Arbeiter planmäßig abgeschlachtet haben, ist kein einziger nennenswert bestraft worden, die meisten blieben überhaupt, dank der deutschnational eingestellten Parteijustiz, außer Verfolgung. Die Bilanz der politischen Morde spricht also durchaus gegen die Monarchisten und ihre Justiz. Der Zweck, den die „Deutsche Zeitung" mit ihrer sehr zweifelhaften Veröffentlichung verfolgt, wird nicht erreicht werden.

Ein Verbot, das keines ist

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" ist auf die Dauer von drei Wochen verboten worden, weil er einen von Beschimpfungen und Verdächtigungen strotzenden Artikel gegen die Reichsregierung veröffentlicht hat. Der Artikel enthielt niederträchtige Behauptungen, daß selbst die Berliner „Zeit", das offiziöse Organ der Deutschen Volkspartei, sich gezwungen sieht, die Behauptungen als „**abgeschmackt und für jeden, der einen Funken politischen Verstand besitzt, durchaus unglaubwürdig**" zu bezeichnen. Der Verlag des „Lokal-Anzeigers" wird durch das Verbot im übrigen nicht geschädigt. Er läßt den Abonnenten des verbotenen „Lokal-Anzeigers" den im gleichen Verlag erscheinenden „Tag" zustellen, der es genau so gut wie sein verbotenes Schwesterblatt versteht, die Republik zu besudeln. Die bayerische Regierung dagegen hat nicht nur unser Nürnberger Parteiblatt verboten, sondern auch gleichzeitig das im gleichen Verlage erscheinende Kopfblatt.

Kürzung des Lokalanzeiger-Verbots

Dem „Lokal-Anzeiger" soll Absolution erteilt werden. Redaktion und Verlag des „Lokal-Anzeigers" haben zwar bisher gegen das Verbot keine Beschwerde eingelegt, aber in Verhandlungen und Besprechungen hat, wie die „P. P. N." berichten, der preußische Innenminister Severing den Eindruck gewonnen, daß bei dem Abdruck der Meldung, die von einem Münchner Korrespondenten bzw. vom bayerischen Kurier stammt, mildernde Umstände vorgelegen haben. Das Blatt werde bei seinem Wiedererscheinen eine Erklärung veröffentlichen, die die Voraussetzungen für die Abkürzung des Nichterscheinens gegeben haben.

Wenn solchen, lediglich zu hetzerischen Zwecken aus den Fingern gesogenem Unsinn noch mildernde Umstände zugesprochen werden sollen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Hetzpresse der Kamm wieder schwillt. Der Verzicht auf Beschwerde könnte zwar so aufgefaßt werden, als ob der „Lokal-Anzeiger" rechtliche Einwände dagegen nicht geltend machen wollte. Er hat es aber auch gar nicht nötig. Die Inserate gingen in den ebenfalls im Scherlschen Verlag erscheinenden „Tag" über. Doch wollen wir zunächst die Erklärung der Redaktion abwarten. Man wird ja daraus ersehen, worauf sich die mildernden Umstände begründen.

Das Martyrium der politischen Verbannten in Sowjetrußland

(NB.) Es ist noch in aller Erinnerung, wie Ende vorigen Jahres zahlreiche politische Gefangene im Butyrkigefängnis in Moskau in den Hungerstreik traten, weil ihnen die Deportation nach dem wüsten, verseuchten Turkestan drohte. Dank der energischen Einmischung der sozialistischen Presse und der Parteien des Westens gelang es, den tückischen Streich der Sowjetregierung abzuwehren. Ein Teil der Butyrkigefangenen, darunter führende Genossen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurden nach dem Auslande ausgewiesen. Andere wurden in entlegene Gegenden des europäischen Rußlands verwiesen. Doch nach kurzer Zeit, als die öffentliche Erregung sich gelegt hatte, nahm die Sowjetregierung den barbarischen Plan wieder auf, ihre politischen Gegner, vor allen Dingen die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich politisch oder gewerkschaftlich betätigten, nach den wüstesten und schlimmsten Gegenden Turkestans zu deportieren. Die Nachrichten häufen sich mit jedem Tage, daß für die angeblich kommunistische Sowjetregierung Turkestan dasselbe geworden ist, wie seiner Zeit für den Zarismus Sibirien — der Sammelpunkt aller politisch „verdächtigen" Elemente, vor denen die wahnsinnig gewordenen Autokraten in ständiger Angst und Besorgnis leben.

Aus Anlaß der immer stärker anschwellenden Deportationen nach Turkestan hat das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an das Zentrale Exekutivkomitee folgenden Protest gerichtet:

„Unsere Genossen werden auf administrativem Wege nach Turkestan verbannt, in ein verwüstetes Land, in dem der Typhus und andere Krankheiten herrschen, die täglich Hunderte von Opfern fordern. Der elementarsten Bedingungen des materiellen und geistigen Lebens beraubt, in die Einöden des fremdstämmigen Turkestans verbannt, von den Verwandten und Freunden, vom Proletariat und vom Sozialismus losgerissen und in fernen Ortschaften eingeschlossen, wo weder Verdienstmöglichkeiten noch Bücher oder ärztliche Hilfe erhältlich sind, sind unsere Genossen durch die Regierung zum physischen und geistigen Tod verurteilt.

Aber noch schlimmer wird die Frage der Verbannung nach Turkestan in dem gegenwärtigen Augenblick, wo in Turkestan sich die dem Zentral-Exekutivkomitee nicht unbekannten Ereignisse abspielen. (Gemeint ist der mohamedanische Aufstand, der bereits große Teile von Turkestan ergriffen hat. D. Red.) Die Verbannung unserer Genossen nach Turkestan in diesem Augenblick kann nur durch die reiflich überlegte, planmäßige Absicht der Regierung erklärt werden, für die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, solche Verbannungsorte auszuwählen und sie in solche Bedingungen zu stellen, daß sie nach Möglichkeit auf schnellste und sicherste Weise vernichtet werden."

In einem zweiten Protest wendet sich das Zentralkomitee gegen die Verbannung seines Mitgliedes Jeshow-Zederbaum (Bruder des Genossen Martow) nach Turkestan. Dieser Protest ist um so mehr berechtigt, als die Deportation des Genossen Jeshow erfolgte, nachdem er vom Zentralkomitee in die Berliner Neunerkommission delegiert worden war. Mit Recht kann das Zentralkomitee diesen Streich als das „Muster eines heuchlerischen Treubruchs" brandmarken. Noch schärfer muß aber die ganze Verbannungspraxis der Sowjetregierung gebrandmarkt werden, die die Schändlichkeiten der früheren Zarenregierungen in den Schatten stellt. Das westeuropäische Proletariat hat alle Veranlassung, auch gegen diese Barbarei schärfsten Protest zu erheben.

*

Vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Georgiens und Staatspräsidenten der Georgischen Republik Jordania erhalten wir nachfolgendes Telegramm:

„Nach einer mir soeben aus Tiflis zugegangenen Mitteilung hat die Moskauer Regierung beschlossen, die in den Gefängnissen Georgiens in Haft befindlichen georgischen Sozialisten nach Rußland zu verbannen, um sie dort in russischen Gefängnissen zu internieren, und in erster Reihe die inhaftierten georgischen Offiziere nach Astrachan abzuschieben. Astrachan ist der Ort, wo die Moskauer Regierung ihre politischen Gegner gewöhnlich im Stillen umbringen läßt. Da die Ueberführung nach Rußland für die georgischen politischen Gefangenen den sicheren Tod bedeutet, haben sie in allen Gefängnissen einmütig beschlossen, besser am Ort zu sterben, als sich dem Moskauer Befehl zu fügen. In den georgischen Gefängnissen sind daher blutige Zusammenstöße unvermeidlich.

Hinzufügen möchte ich noch, daß keinem einzigen von den tausenden in Georgien eingekerkerten Sozialisten bisher angegeben wurde, welches Verbrechen ihm zur Last gelegt wird, obwohl manche schon seit mehr als 17 Monaten eingekerkert sind. Ich bitte im Namen meiner Partei die Bruderparteien des Auslandes, an die Moskauer Regierung die Forderung zu richten, die georgischen Sozialisten entweder vor Gericht zu stellen oder sie sofort zu befreien."

Eine Erklärung der Auslands-Delegation der Sozial-Revolutionären Partei

Im Augenblick, wo man von Stunde zu Stunde das Todesurteil des Moskauer Revolutions-Tribunals im Prozeß der Sozial-Revolutionäre erwartet, veröffentlichen die Bolschewisten Auszüge aus den Dokumenten des „Administrativen Zentrums der außerparteilichen demokratischen Vereinigung", die in den Jahren 1920—1921 bestand, und geben diese Dokumente als Bestandteile des „Pariser Archivs der Sozial-Revolutionäre" aus. Ein Teil dieser Dokumente ist mit wesentlichen Verzerrungen und Fälschungen in der kommunistischen „Roten Fahne" in Deutschland veröffentlicht worden.

Da der Sinn dieses Manövers darin besteht, unter Ausnutzung der ungenügenden Kenntnis der russischen Verhältnisse im Auslande, im letzten Augenblick eine für die Moskauer Angeklagten ungünstige Darstellung zu geben und dadurch das schon vorher fertiggestellte Urteil des Tribunals zu rechtfertigen, sieht sich die Auslands-Delegation der Sozialrevolutionären Partei veranlaßt, noch vor aller Oeffentlichkeit zu erklären:

1. Alle zitierten Dokumente entstammen einer jetzt nicht mehr existierenden Organisation, die sich in keinem Abhängigkeitsverhältnis von der Sozialrevolutionären Partei befand und für deren Tätigkeit die Partei keine Verantwortung trägt.

2. Die Dokumente sind in Paris von russischen Monarchisten gestohlen worden. Der Hauptheld dieser Diebstahlsaffäre ist ein Offizier der Armee General Kornilows Namens Kororenko. Wie die Dokumente in die Hände der Bolschewisten geraten sind, ist eines der skandalösen Geheimnisse ihrer „Diplomatie".

3. Diese Dokumente sind vom Moskauer Revolutions-Tribunal den Prozeßakten beigefügt worden, ungeachtet der energischsten Proteste der Angeklagten, die die Erklärung abgaben, daß alle diese Dokumente sich auf einen Zeitraum beziehen, wo sie in den Sowjetgefängnissen interniert waren, und überhaupt zur Sozialrevolutionären Partei in keiner Beziehung stehen.

Angesichts dieser Tatsachen erachten wir es als notwendig, dieses Manöver zu brandmarken, das Zeugnis davon ablegt, daß die „Richter" wie ihre literarischen Söldlinge offenbar kein belangreicheres Material zur Verfügung haben und daß sie vor nichts zurückschrecken, um ihren Blut- und Rachedurst zu rechtfertigen.

Berlin, 3. August 1922.

Die Auslands-Delegation
der Sozialrevolutionären Partei Rußlands.

Zum Tode Minna Cauers

Minna Cauer ist in der Nacht vom 2. zum 3. August gestorben.

Mit Minna Cauer ist eine der unerschrockensten Kämpferinnen der Frauenbewegung aus dem Leben geschieden. Ihrer Energie und Tatkraft ist es vor allem zu danken, daß die bürgerliche Frauenbewegung nicht gänzlich in dem Sumpf althergebrachter Gedankengänge unterging und die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen auf ihre Fahne schrieb.

Minna Cauer, die am 1. November 1841 in einem kleinen Landstädtchen in der Mark geboren wurde, kam als Gattin des als Geschichtsforscher bekannten Gymnasialdirektors Eduard Cauer nach Berlin. Nach dem Tode ihres Mannes 1881 widmete sie sich geschichtlichen Studien, 1888 setzte ihre Tätigkeit für die Frauenbewegung ein. Zusammen mit Helene Lange übernahm sie den Vorsitz im Verein für Frauenwohl, aus dem dann der Verband Fortschrittlicher Frauenvereine hervorgegangen ist. Ueber 31 Jahre stand Minna Cauer an der Spitze der bürgerlichen Frauenbewegung, die sie im Verein mit einer kleinen Anzahl radikaler bürgerlicher Frauen zu einer entschiedenen Stellungnahme in politischen Fragen zu drängen suchte, wobei ihr allerdings von einem großen Teil der bürgerlichen Frauen entschiedener Widerstand geleistet wurde.

Trotzdem erlahmte ihre Schaffenskraft niemals. In ihrem Organ „Die Frauenbewegung", von dem 25 Jahrgänge erschienen sind, und das erst nach der Revolution 1920 sein Erscheinen einstellte, hat sie in beredten Worten die politischen Forderungen der Frauen vertreten. Für sie galt das Wort Bebels, „Wo in den großen Kämpfen der Zukunft die Frau stehen wird, da ist der Sieg" als Ansporn, die Frauen für diese Kämpfe der Zukunft, die nur Kämpfe für das Recht und die Freiheit der Gesamtheit sein können, vorzubereiten. In ihrem Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung ragte Minna Cauer weit hinaus über die Reihen der übrigen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen.

Als durch die Revolution das Ziel ihrer Lebensarbeit, die politische Gleichberechtigung der Frau, zur Wirklichkeit wurde, war Minna Cauer eine der ersten, die erkannte, daß die Methoden der alten Frauenbewegung nicht mehr genügten, daß nach der politischen Gleichberechtigung nun erst recht auch die Forderung nach voller staatsbürgerlicher und gesetzlicher Gleichstellung erhoben werden müsse.

Der aufrechten Kämpferin werden auch wir Sozialisten ein ehrendes Andenken bewahren.

Die „freie" Schweiz

Als Genosse Rosenfeld am 28. Juli in Zürich über den Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre gesprochen hatte, wurde er morgens gegen 6 Uhr in dem Hotel, in welchem er übernachtete, geweckt. Die Polizei war da und verlangte, ihn zu sprechen und seine Erlaubnis zur Einreise in die Schweiz zu sehen. Genosse Rosenfeld legte seinen Paß vor, und der Beamte war höchlichst erstaunt, daß unser Genosse wirklich eine (allerdings in Paris erteilte) Einreiseerlaubnis hatte. Genosse Rosenfeld fragte den Beamten, warum er sich denn so sehr wundere, daß das Visum erteilt sei, worauf dieser erklärte: Nach dem Polizei-Anzeiger ist über den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld aus Berlin durch die Schweizer Bundesanwaltschaft die Einreisesperre verhängt! Aus welchen Gründen, das konnte der Beamte nicht angeben. Die „freie" Schweiz wollte also eigentlich unseren Genossen nicht ins Land lassen. Und das in einer Zeit, in der für Schieber die Grenzen weit offen stehen. Wir sind begierig zu erfahren, wie die Schweizer Regierung die über den Genossen Rosenfeld erklärte Einreisesperre rechtfertigen will.

Gegen die Erntemiesmacher

Gegen den Lebensmittelwucher

Bei dem Sturmlauf der agrarischen Presse gegen das Getreideumlagegesetz waren die Ernteaussichten als überaus trostlos hingestellt worden. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß alles dies zweckbewußte Mache zur Hintertreibung der Getreideumlage ist. Jetzt hat sich ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums vor Vertretern der Presse über diese Frage geäußert: Die Auffassung des Reichsernährungsministeriums läßt sich im allgemeinen dahin präzisieren, daß zu einem übertriebenen Pessimismus hinsichtlich der Ernteaussichten eine Veranlassung nicht vorliege. Im ganzen sei die Kartoffelernte günstig geraten und könne einen gewissen Ausgleich für Ausfälle auf anderen Gebieten darstellen. Ein Gleiches lasse sich auch von der Hackfruchternte sagen, die ebenfalls im allgemeinen nicht schlecht geraten sei. Im großen und ganzen sieht das Reichsernährungsministerium die Erntelage keineswegs als so ungünstig an, wie sie in den letzten Tagen verschiedentlich dargestellt wurde.

Mit diesen Versicherungen allein ist dem deutschen Volke allerdings wenig geholfen. Es sind auch Maßnahmen zu treffen, damit nicht trotz erträglicher Ernteergebnisse durch unerträgliche Wucherpreise die auf dürftiges Gehalt und Lohn angewiesene Bevölkerung auf noch schmälere Rationen gesetzt wird.

Auflösung einer Jugendvereinigung. Wie die „Dena" erfährt, hat Minister Severing auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik die Jugendvereinigung „Die Knappenschaften" (Hauptsitz Kassel) mit ihren gesamten Gauleitungen und Unterabteilungen für den Bereich des Freistaates Preußen aufgelöst.

Die Abteilung 1 A hat ermittelt!

Wir hatten in unserer gestrigen Ausgabe auf eine Aeußerung in einem Artikel Hyan's in der „Vossischen Zeitung" hingewiesen, die die Vermutung nahelegte, daß der Rathenau-Mörder, Willi Günther, im Dienste der politischen Polizei gestanden hat. Die Abteilung I A des Polizeipräsidiums berichtet dazu, daß Günther niemals für die politische Polizei tätig war. Weiter berichtet die Abteilung I A, sie habe ermittelt, daß der Reichsbund „Schwarz-weiß-rot" seit dem 18. Januar 1922 besteht, seinen Hauptsitz in Liegnitz und wie in anderen deutschen Städten auch in Berlin eine Geschäftsstelle habe. Zweck des Bundes sei lediglich, einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot herbeizuführen.

Der „Zweck" derartiger Gründungen ist bekanntlich nach außen hin immer äußerst „lauter". Aber die Mittel, die durch solche „Zwecke" geheiligt werden, bergen die Gefahren. Ob die Abteilung I A das auch wohl bei ihren Ermittelungen genügend in Rechnung gestellt hat?

Die Leipziger Parteiorganisation zur politischen Situation

Die Leipziger Parteigenossenschaft nahm am Dienstag den 1. August, in einer Parteiversammlung, die im großen Saale des Zoologischen Gartens stattfand, Stellung zur politischen Lage. Reichstagsabgeordneter Genosse Seger behandelte in anderthalbstündiger Rede die Aufgaben der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen politischen Situation. Die Debatte bewegte sich im wesentlichen im Sinne der Ausführungen des Referenten. Die Versammlung nahm zum Schluß gegen sieben Stimmen folgende Resolution an:

„Die Mitgliederversammlung der USPD. von Groß-Leipzig billigt in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Funktionäre vom 4. Juli die Schritte der Reichstagsfraktion und des Zentralkomitees, die in Gemeinschaft mit der SPD. und den Gewerkschaften zur Rettung der deutschen Republik und zur Niederkämpfung der verbrecherischen Reaktion unternommen worden sind. Sie begrüßt, daß aus dieser Arbeits- und Kampfgemeinschaft der aufrichtige Wille zur Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien entstanden ist.

Sie ist der Auffassung, daß die **straffe Zusammenfassung der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft** Deutschlands das Gebot der Stunde ist und die politische Macht schafft, wodurch die durch die Reaktion in immer gefahrdrohendere Nähe gerückte Zerstörung der deutschen Republik, Losreißung einzelner Teile von ihr und damit der Zerfall verhindert und die Republik gerettet wird.

Die Einigung kann nur dauerhaft werden, wenn sie in freier Entschließung, von dem Gedanken des Klassenkampfes und dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft getragen, erfolgt. **Die Tagungen der beiden Parteien haben die nötigen Unterlagen in organisatorischer, richtunggebender und taktischer Beziehung zu schaffen.** Die Versammlung stimmt der Anweisung der beiden Parteileitungen zu, daß Vorverhandlungen und Schaffung von Unterlagen für die Parteitage nur durch die Zentralen zu geschehen haben. Die endgültige Beschlußfassung aber dann von der Gesamtheit der Mitglieder geschieht.

So wünschenswert es ist, die Vereinigung auch auf **die kommunistischen Anhänger auszudehnen**, so kann sie doch so lange nicht erfolgen, als die KPD., von Moskau kommandiert, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse zu zerstören trachtet, fortgesetzt verleumdet und in ihrem Kampfe lähmt. Sobald sie sich vom Moskauer Kommando lossagt, die arbeiterschädigende Politik aufgibt und die Interessen der Arbeiterklasse Deutschlands zur Grundlage ihres Strebens macht, steht einer Verhandlung mit der KPD. auf Vereinigung nichts mehr im Wege."

Angestelltenstreik in Frankfurt

Frankfurt a. M., 3. August. Infolge des Streiks der kaufmännischen Angestellten sind die Filialen der großen Lebensmittelfirmen geschlossen, ebenso die Warenhäuser und die Konfektionsfirmen. Auch in einer Anzahl von Fabrikbetrieben feiert das kaufmännische Personal. Angestellte üben in den Hauptstraßen die Streikkontrolle aus.

Griechenland und die Entente

(EP.) **London**, 3. August. Nach Meldungen aus Athen ist die Antwort der Alliierten der hiesigen Regierung gestern überreicht worden. In dieser Note erklären die Alliierten, daß der Kommandant der alliierten Truppen in Konstantinopel den Befehl erhalten habe, **mit Waffengewalt gegen jeden Versuch der griechischen Truppen, sich Konstantinopels zu bemächtigen, einzuschreiten.** Ein Kabinettsrat versammelte sich sofort und beschäftigte sich mit dieser Note. Der Kabinettsrat beschloß, eine neue Note an die Alliierten zu richten, worin die Regierung darauf besteht, **daß die Besetzung von Konstantinopel eine absolute Notwendigkeit für Griechenland sei,** wenn man der gegenwärtigen unhaltbaren Lage ein Ende bereiten wolle. Der Korrespondent des „Exchange Telegraph" in Athen meldet außerdem, daß die Alliierten die Schaffung einer neutralen Zone von 10 Kilometer auf beiden Seiten der Tschataldscha-Linie fordern.

Nach dem Mißlingen des italienischen Generalstreiks

(EP.) **Rom**, 3. August. Ministerpräsident Facta ist es gelungen, die sozialistischen Führer Turati und Modigliani zur Einstellung des Generalstreiks und andererseits die Faszisten zur Aufgabe ihrer angekündigten Maßnahmen zu bewegen. Er konnte die Sozialisten überzeugen, daß die Regierung diesen Anschlag auf die öffentliche Ordnung unterdrücken und zu strengsten Maßnahmen gegen den Streik im öffentlichen Dienst schreiten werde. **Die Sozialisten erkannten die Opportunität des sofortigen Streikabschlusses an.** Der Arbeitsbund von Rom hat an die Streikausschüsse Verfügungen erlassen, **am Donnerstag den Streik einzustellen.** Heute wird ein Aufruf der Regierung erwartet, worin die Parteien zur Versöhnung ermahnt und **ernste Zusicherungen für die Wahrung der Arbeitsfreiheit gemacht werden.**

(EP.) **Mailand**, 3. August. In Livorno ist es zu ernsten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Faszisten gekommen, wobei zwei Personen getötet wurden.

Hundert Mark!

und noch mehr, sparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf bei uns decken: Unser reich sortiertes Lager setzt sich zum Teil aus **alten Lagerbeständen** zusammen, die wir zu **fabelhaft billigen Preisen** herausbringen. Wir führen hier nur einige Beispiele unserer bekannten Billigkeit an und laden Sie zur Ueberprüfung derselben höflichst ein:

Kein Laden!

Damen-R'Chevr.-Schnürschuhe in guter Lederausführung, hübsche Form, alle Größen .... nur **M. 325.—**

Damen-R'Chevr.-Stiefel in guter Lederausführung, mit und ohne Lackkappe .... nur **M. 495.—**

Damen-Lack-Schnürschuhe in erstklassiger Verarbeitung, hübsche, kurze Form .... nur **M. 550.—**

Damen weiß Leinen, Schnür u. Spangen alles Leder ..... nur **M. 180.—**

Herren-Stiefel in bestem Naturleder, vorzügliche Lederausführung .... nur **M. 575.—**

Kein Laden!

Schuhhaus Katz

(vorn 1 Treppe) **10 Münzstrasse 10** (vorn 1 Treppe)

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne täglich 7½ Uhr Robert u. Bertram

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 7½ Uhr Die erste Geige

Staats-Theater Schauspielhaus 7½ Uhr Operettengastspiel Die beiden Nachtigallen

Deutsches Theater 7½ Uhr: Fatasch und Perlmutter

Kammerspiele 7½ Uhr Der Raub der Sabinerinnen

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr Die Maschinenstürmer

Theater in der Königgrätzer Str. 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus 8 Uhr „Gretchen"

Berliner Theater 7.45 Uhr: Madame Flirt

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr Verliebte Leute

Kasino-Theater. Bis 11. August Lämmelmanns Bummelfahrt.

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: Residenz-Theater Fedora — Trianon-Theater Eine Frau ohne Bedeutung

Theater des Ostens 5 Uhr: Konzert 7½ Uhr: Horns Kasi

Walhalla-Theater 7½ Uhr Er und seine Schwester

Theater am Kottbuser Tor jed. Abend 7½ Uhr Elite-Sänger Volkspreise!

Neue Welt

Arnold Scholz — Hasenheide 108/114

Täglich

Münchener Kellerfest

(Bei jeder Witterung)

Oberbayern, Drehstüb'l, Tanzdiele, Pariser, Jazz-Band

100 bayr. Mad'l 5 Kapellen

— BALL —

Morgen: Riesen-Fronten- und Schlachten-Feuerwerk

Anfang 5 Uhr — Anfang 5 Uhr

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:

Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)

Preis Mark 25.—.

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):

Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).

Preis Mark 4.50.

W. KNJASEW:

W. Wolodarski. Preis Mark 35.—.

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)

Preis Mark 1.50.

N. MESCHTSCHERJAKOW:

Der Terror der georgischen Menschewiki.

Preis Mark 20.—.

L. TROTZKI:

Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.

Preis Mark 35.—, geb. Mark 45.—.

I. WARDIN:

Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.

Preis Mark 6.—.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ

Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Preis Mark 45.—.

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

W. BYSTRANSKY:

Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Preis Mark 60.—.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hambg. 8

Metall ankaufsstelle Osten Gr. Frankf. Str. Weg 80 zahlt Tagespreise f. Kupfer, Messing, Blei Zink usw.

Sämtliche **Metalle** kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken Schulzendorferstr. 2.

Altmetalle zahlt hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspr. f. Pfandsch., Brillanten, Goldgegenst., Tepp., Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstr.

Für **75 Mark** wöchentl. erhalten Sie bei klein. Anzahlung einz. **Möbel** jeder Art sowie ... decken, Steppdecken, Teppiche, Bettwäsche für wöchentlich **25 Mark** Zorndorfer Str. 54 **Barthel.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54

Linienstr. 83-85

Geschäftszeit

von vormittags 9 bis nachm. 4 Uhr

Telephon:

Amt Norden 833, 834, 835, 836

Freitag, den 4. August 1922, nachm. 4½ Uhr:

Versammlung

der Metallformer und Berufskollegen im Lokal von Graumann, Naunynstraße 27.

Tagesordnung:

Bericht über unsere erneuten Verhandlungen.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Achtung! Achtung!

Mechaniker und verwandte Gewerbe.

In den Betrieben des „Arbeitgeberverbandes für Feinmechanik und Optik"

Freitag, den 4. August, nachmittags 5 Uhr,

Versammlung

im Berliner Klubhaus, Ohmstr. 2, nahe der Jannowitz-Brücke.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Verhandlungsergebnis für den Monat August. Funktionäre treffen sich ½ Stunde vorher im selben Lokal. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht.

Sonntag, den 6. August 1922, vormittags 10 Uhr,

Versammlung

der Kesselschmiede und Helfer, sowie der dazu gehörenden Berufe, in „Feldels Festsälen", Kolberger Straße 23.

Tagesordnung:

1. Bericht von den letzten Verhandlungen.
2. Diskussion.

Die Versammlung der Verzeichner bei Sachse, Lindower Straße, fällt aus. Die Kollegen werden ersucht, restlos in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Sonntag, den 6. August 1922, vormittags 10 Uhr,

Branchen-Versammlung

der Handschraubenbank- und Automateneinrichter, im Sophien-Ehgeum (Seidensaal), Weinmeisterstr. 16.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Tarifvertrag, betr. Entlohnung unserer Gruppe.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

---

10. Distrikt Gruppe 821 a

Am 2. August 1922 verstarb der Genosse

August Brinkmann

Soldiner Str. 30.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 5. August 1922, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstrasse statt.

Ehre seinem Andenken!

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak** nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch Carl Bläcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861)

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Wladfüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Teller Gottlieb, Rollenborfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Rollenborfplatz. Geöffnet 9—7.

3000 Anzüge. Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fabrikvergütung. Leihhaus Bernauer Straße 47

Wintermäntel Riesenauswahl, kaufen Sie jetzt noch sehr billig bei mir. Michaelis, Mauerstr. 80, eine Treppe, gegenüber Krausenstraße.

Näherweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder, Kinderwagen, Puppenw., Weiblich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Bettwäsche wie gewöhnlich billiger Verkauf zum Monatsbeginn bis 5. August. Deckbettbezüge von 265, Kissen 75, Laken 135, Inletts 475, Wäschestoffe, Handtücher, Ueberschlaglaken, Paradekissen, Dimit, Damast, beste Qualitäten, rätselhaft billig. Riesenauswahl! Reelle fachmännische Bedienung. Aussteuer Sonderrabatt. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Scheelstr. neunundneunzig (Halenheide), Brunnenstr. 10 (Rosenthaler Platz).

Anzugsbesitzer kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflichen Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Kinderwagen. Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft Schwarzmann, Kottbuserdamm 63.

Möbel

Chaiselongues 525, Metallbetten 500 Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettbetten. Meyke, Augustastr. 32a. Quergeb.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Gürlich, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbel, neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile 8650 M., nur solange Vorrat.

Chaiselongues. Diwandecken 250,— Tischdecken, wunderbare Wandbehänge, Pappelallee 12.

Werkzeuge u. Maschinen

Kaufe jeden Posten Naturstahl, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Sägeblätter, Kreissägen, Bohrfutter, Werkzeuge, Nägel usw. (Preisangebote.) Hans Becker, Straußbergerstr. 44, Laden (Kgst. 2803).

Kaufgesuche

Leim und Schellack kauft jeden Posten, auch pfundweise, Möbelhaus E. Thau, Gollnower Str. 39, Norden 3847.

Metallschmelze. Aranderstraße 35 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Zahle höchste Preise Kupferleitung., Ligen, Spulen, Dynamodrähte, Klingelmachsdraht, Rubin, Oranienstr. 199, Mpl. 4016.

Fahrräder

Fahrräder! Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradankauf. Linienstr. 19

Kugellager kauft Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 163.

Arbeitsmarkt

Näherinnen für bessere Stringschürze außer dem Hause sucht bei hohen Löhnen Danziger, Beuthstr. 19.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom ____________

1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeil. „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"

zum Preise von monatlich 70.—, halbmonatlich 35.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus.

Name: ____________

Ort: ____________ Straße: ____________ Nr. ......

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Sfl., Quergeb.

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Drucksache, einzusenden.

Zeißfeldstecher 6-11 fach, kauft Händler H. Steckelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 105 (Lütz. 9098)

Teilzahlung! Garderobe für Damen, Herren u. Burschen sehr preiswert infolge groß. alt. Lagerbestände bei bequemen Ratenzahlungen **H. Tyra & Co.,** Berlin, Brunnenstr. 20

Perfekte Wäschezuschneiderinnen sucht W. & G. Neumann, Elisabethstr. 28/29.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang bietet das **Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus" Engel-Ufer 25**

Werbt für unser Blatt!

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer jetzt von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig. Pelzwaren, Kreuzfüchse 400 M. Zobelfüchse, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze Gehpelze enorm billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzjacken. (Keine Lombardware.)

Groß-Berlin

Die Freilichtbühne auf dem Ferienspielplatz

Das Jugendamt der Stadt Berlin hat in den letzten drei Jahren viel zur Verbesserung der Außenferienspielplätze getan, was in den Einzelheiten noch wenig bekannt ist. So sind auf sämtlichen Außenplätzen wunderhübsche Freilichtbühnen eingerichtet worden. Wir sahen auf dem idealsten dieser Spielplätze im Plänterwald, die etwa einen Meter hohe Freilichtbühne im Halbrund von Lebensbäumen umgeben, vorn mit einem Blumenstreifen eingesäumt. Davor ist eine meterhohe Hecke, zwischen dieser und der Bühne genügend Raum für eine Musikkapelle, die schon bis zu 20 Mann stark konzertierte. Den vorzüglichsten Hintergrund bilden die hohen Parkbäume.

Im Plänterwald haben schon vier Vorstellungen stattgefunden, anfangs unter Zuhilfenahme erwachsener Schauspieler, später nur durch Kinder. Zu den Neuanlagen im Plänterwald gehören ferner die lange genug schmerzlich entbehrte Wasserleitung, Laufrinnen zur Reinigung der Eßgeschirre, eine eigene, mit 35 000 M. Kostenaufwand bei den städtischen Eierhauslokalen erbaute Badeanstalt, nach der halbstündlich Gruppen von Kindern geführt werden, und die erst in diesem Frühjahr vollendete mächtige, geschlossene Unterkunftshalle für den Fall des plötzlichen Ausbruches eines Unwetters. Die Badeanstalt wird ungemein fleißig benutzt. Die Verpflegung (vormittags Kaffee zum mitzubringenden Frühstück, mittags ¾—1 Liter Erbsen, Bohnen, Reis, Grieß, Haferflocken oder Nudeln, nachmittags Kaffee mit 150 Gramm Gebäck) ist tadellos. Trotzdem läßt die Beteiligung zu wünschen übrig. Während im Plänterwald in Friedenszeiten täglich 2—4000 Kinder spielten, wird jetzt nicht die Zahl 1200 überschritten. Zuweilen finden sich nur 6—800 Kinder ein. Zum Teil mag das an der anhaltend ungünstigen Witterung liegen. Die praktisch sehr erfahrenen Spieloberleiter wollen es hauptsächlich auf das neueingerichtete Kartensystem zurückführen.

Bisher mußte an jedem Montag die Teilnehmerkarte für die ganze Woche gelöst werden. Die beiden ersten Kinder der gleichen Familie zahlten 15 und 12 M. mit Fahrgelegenheit, ohne Fahrgelegenheit 10 und 6 M. Viele Eltern wollten sich aber für die ganze Woche nicht binden. Vom Donnerstag, 3. August, ab werden daher Halbwochenkarten eingeführt. Die Praktiker halten auch das noch für ungenügend und wünschen, daß jeder beliebige Wochentag als erster Spieltag gerechnet werden soll, sind auch nicht für Zurückweisung von Kindern, die nur den Betrag für einen Tag nach dem Sammelplatz mitbringen. Von der Aenderung des bisherigen Kartensystems wird eine wesentliche Hebung des Besuches erwartet. Den Eltern fehlt noch viel zu sehr das Verständnis, welcher gewaltige Vorteil hier für die Gesundheit ihrer Kinder erblüht. Aber auch der wirtschaftliche Vorteil ist groß. Was die Kinder hier an Verpflegung erhalten, kostet in der Familie mindestens das Vierfache.

Ein liebenswürdiger Hausagrarier

Der Hausbesitzer A. Heibling, Chausseestr. 131, der sich Inhaber eines Bankgeschäftes nennt, stellte den glücklichen Mietern seines Hauses in der Grünthaler Str. 6, folgendes Schreiben zu:

Die Miete für Ihre Wohnung beträgt am 1. August vorbehaltlich etwaiger Nachforderung Mk. . . . .

Die Miete ist am ersten jeden Monats an . . . . . zu entrichten. Dieselbe hat Weisung, am zweiten mit mir abzurechnen. **Solange die Miete nicht im gleichen Maße gestiegen ist wie das Brot, besteht keine Entschuldigung, diesen verhältnismäßig geringen Betrag pünktlich zu zahlen.**

Gleichzeitig möchte ich die Mieter darauf aufmerksam machen, daß sie nach dem Reichsmietengesetz **nicht nur die Kosten für die Instandsetzung Ihrer Räume, sondern des ganzen Hauses zu tragen haben.** Ich empfehle daher allen im eignen Interesse, darauf zu achten, daß so wenig Beschädigungen wie möglich erfolgen und mir jeden Fall, wo jemand Teile des Grundstücks beschädigt, Mitteilung zu machen, damit ich den Betreffenden zur Zahlung der Kosten zwingen oder wenigstens seine Bestrafung herbeiführen kann.

Die Verwalterin hat strikte Weisung, mir von jedem Fall, wo Mieter die Rechte oder Ruhe andrer stören, mitzuteilen, eventuell sofort anzuzeigen. Ich werde weder Kosten noch Arbeit scheuen, die Betreffenden aus dem Hause zu entfernen.

Dagegen werde ich denen entgegenkommen, die dazu beitragen, Ruhe und Ordnung im Hause zu halten.

ges. Heibling.“

Da wir keinen besonders heißen Sommer haben, also Herr Heibling nicht lange unbedeckten Hauptes der Sonne ausgesetzt gewesen sein kann, scheint dieser Herr Hausagrarier immer so liebenswürdig zu sein, wie es in dem obigen Schreiben zum Ausdruck kommt.

Aber etwas langsam mit den jungen Pferden. Der liebenswürdige Hauswirt verlangt scheinbar von allen Mietern eine Erhöhung der Mieten ab 1. August. Es wäre zu raten, daß alle Mieter sich ihren Mietsvertrag daraufhin ansehen, ob am Kopfe eine jährliche Miete ausgemacht ist (gleichgültig ob monatlich oder vierteljährlich Miete bezahlt wird), denn dann ist erst vom 1. Oktober ab die erhöhte Miete zu zahlen. Wer aus Unkenntnis des Gesetzes bereits höhere Miete bezahlt hat, widerrufe dies schriftlich oder rufe das Mieteinigungsamt an.

Im übrigen wäre dem Herrn, der keine Kosten (die Herren sind doch immer so arm!) und Arbeit scheut, um Leute auf die Straße zu setzen, zu sagen, daß vorläufig und hoffentlich für immer, auch nach dem neuen Reichsmietengesetz, es mit dem Herrn-im-Hause-Standpunkt noch nichts ist.

Der Sparausschuß

Der Magistrat hat beschlossen: Die katastrophale Geldentwertung der letzten Wochen zwingt zur größten Sparsamkeit und Rückstellung aller nicht unbedingt erforderlichen Arbeiten. Zur Prüfung der dazu geeigneten Maßnahmen wird ein Magistratsausschuß von sieben Mitgliedern eingesetzt, welcher Sachverständige für die verschiedenen Gebiete zuziehen soll. Der Ausschuß soll namentlich prüfen: 1. Welche einmaligen Ausgaben, Neuanlagen und Bauten des Haushalts 1922 abgebrochen und zurückgestellt werden. 2. Erhebliche Ersparnisse an Heizungskosten durch Kohlenferien in den Wochen der strengsten Winterkälte. 3. Ersparnisse im Schulwesen durch Zusammenlegung der gering besuchten Oberklassen. 4. Ersparnisse im Krankenhauswesen durch Einführung der getrennten Dienstzeit oder Einstellung einzelner Krankenanstalten. 5. Die Einstellung von Beihilfen an Vereine, die auch mit der noch möglichen städtischen Unterstützung ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Der Ausschuß soll dem Magistrat baldmöglichst berichten.

Gerechte Strafe

Ein bestechlicher Stadtrat.

Unter der schweren Anklage der Bestechlichkeit hatte sich der frühere Stadtrat und Kaufmann Ernst Andree aus Weißensee vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte war als Gemeindeschöffe in die Gemeindevertretung Weißensee gewählt worden und wurde schließlich Stadtrat. Als solcher wurde ihm die Leitung des Wohnungsamts in Weißensee übertragen. Die Anklage behauptete, daß er sich von einem Drogisten Anders beschenken ließ, ferner soll er von einem gewissen Gnuschke, der in Weißensee ein Grundstück erworben hatte und dieses nicht selbst bewohnen konnte, die Summe von 4000 Mark erhalten haben, um „gewisse Schwierigkeiten“ aus der Welt zu schaffen. Durch eine Indiskretion kam der Stein ins Rollen. Als der Angeklagte daraufhin vor den Bürgermeister Pfannkuch zitiert wurde, legte er kurzerhand seine Aemter nieder. Trotz dieses merkwürdigen Verhaltens bestritt der Angeklagte vor Gericht jede Schuld und ließ durch Rechtsanwalt Dr. Sack einen umfangreichen Zeugenapparat aufbieten, daß die Belastungszeugen unglaubwürdig seien. Nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 5000 Mark. Ueber diesen Antrag ging das Gericht weit hinaus und **verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.** Der Angeklagte wurde außerdem wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

*

Die Gerichtskorrespondenz des Herrn de la Croix, Vorstandsmitglied des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“, hat der reaktionären Presse einen fetten Bissen zukommen lassen, dadurch, daß sie berichtete, dieser saubere Bursche sei noch Mitglied unserer Partei. Auch von einer schwarz-weiß-roten Korrespondenz wäre zu erwarten, daß sie keine Unwahrheiten verbreitet. Andree war wohl einmal Mitglied unserer Partei. Als seine sauberen Machenschaften jedoch bekannt wurden und ohne Rücksicht auf ein gerichtliches Verfahren, wurde Andree bereits vor einigen Monaten aus der Partei ausgeschlossen. Für solche Ehrenmänner ist in unserer Partei kein Platz.

Wichtig für Unfallrentenempfänger

Durch Gesetz vom 3. Juni 1922 sind die Zulagen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 erhöht worden. Während bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften für die Berechnung der Zulage bisher ein Jahresarbeitsverdienst von 12 000 M. zugrunde gelegt wurde, wird die Zulage nunmehr nach einem Jahresarbeitsverdienst von 24 000 M. berechnet. Es ist also vom 1. Juli 1922 der doppelte Betrag wie bisher zu erheben. Der für Juli noch zu zahlende Betrag wird am 1. August 1922 mit erhoben so daß am 1. August 1922 über den dreifachen, vom 1. September 1922 über den doppelten Betrag wie bisher zu quittieren ist.

Beispiele:

Eine Witwe erhielt bisher für sich monatlich 200 M. Sie kann am 1. August 1922 = 600 M. und vom 1. September 1922 = monatlich 400 M. erheben.

Ein Verletzter, der eine Rente von 50% der Vollrente bezieht, erhielt bisher monatlich 334 M. Er kann am 1. August 1922 = 1002 M. und vom 1. September 1922 = monatlich 668 M. erheben.

Großhandelspreise in Berlin

Die Preise verstehen sich für 50 Kg. frei Haus Groß-Berlin, soweit nicht auf Grund des Ortsgebrauchs Rollgeld berechnet wird. Von Mark bis Mark: Gerstengraupen, lose 2535—2635, Gerstengrütze, lose 2585—2685, Haferflocken, lose 2950—3075, Hafergrütze, lose 3000—3125, Kartoffelstärkemehl 3375—3750, Maisflocken, lose 2240—2340, Maisgrieß 2400 bis 2500, Maismehl 2260—2600, Maisnudeln, lose 3350—3450, Makkaroni, lose 3000—3600, Schnittnudeln, lose 2650—3000, Birma-Reis 3325—3425, glat. Tafelreis 3425—5000, grober Bruchreis 2850—3050, Reismehl, lose 2750—3000, Reisgrieß, lose 2450—2750, Ringäpfel, amerik. 22 680—23 500, getr. Aprikosen, cal. 25 595—25 875, getr. Birnen, cal. 16 200—16 700, getr. Pfirsiche, cal. 12 870—12 960, getr. Pflaumen 5818—6085, Korinthen, 1921 Ernte 10 500—10 760, Rosinen, kisp. carab. 1921 Ernte 8455—8560, Sultaninen in Kisten 1921 Ernte 21 580—21 790, Mandeln, bittere 13 115—13 900, Mandeln, süße 23 375—25 600, Kanel 21 000—25 000, Kümmel 9975 bis 9975, Schwarzer Pfeffer 16 380—16 760, Weißer Pfeffer 17 000 bis 17 560, Kaffee prime 24 000—24 600, Kaffee superior 23 200 bis 23 900, Bohnen, weiße 2100—2200.

Kur- und Verpflegungskosten in der Charité

In Anlehnung an die von der Stadtvertretung Berlin beschlossene Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern werden mit Wirkung vom 1. August 1922 ab bei dem Charité-Krankenhause und den hiesigen Universitätskliniken in der 3. Klasse für Erwachsene 75 M., für Kinder unter 14 Jahren a) mit akuten Infektionskrankheiten und Tuberkulose täglich 12 M., b) im übrigen täglich 18 M. erhoben. Neben diesen Kurkostensätzen kommen die Kosten für Salvarsanbehandlung, für Blutuntersuchung, Röntgenaufnahmen, -Durchleuchtungen und -Bestrahlungen sowie für ähnliche Sonderbehandlungen zur Erhebung. Bei

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(10. Fortsetzung.)

Darum war er auf diesem Wege recht ‚krittelig‘. Er vertrug da für gewöhnlich keine Begegnung und keinen Anruf. Seine Frau wußte das und hielt sich abseits — so daß Gang und Hof leer waren, wenn er durchschritt. Und daß er durchschritt, das war gut zu merken — einmal am Glockenschlag, und dann an seinen schweren, gemessenen Schritten, die durch den Hausgang hallten. Der Krafft war nun schon in den Siebenzig, und beinahe zwanzig Jahre lang hielt er seine Privatschule schon. Andere Lehrer seines Alters hatten schon längst ihr fünfzigjährig Jubiläum gefeiert, hatten sich anfingen und beschenken lassen. Ihm war das versagt geblieben, weil sie ihm aus dem Amte gejagt hatten. Er war ihnen zu gefährlich gewesen, der Krafft. Er hatte einen zu hellen Kopf und einen zu steifen Nacken. Was zählte es da, daß er ein ausgezeichneter Lehrer war, ein Meister in seiner Schule. Er mußte weg. Und sie hatten ihn weggebracht, die frommen Herren, die Stellvertreter Gottes auf Erden und die Nachfolger Christi. Sie konnten so einen Schullehrer nicht dulden, der Kenntnisse und Aufklärung seinen Schülern beibrachte und durch sein Beispiel wirkte zur Selbständigkeit und Betonung seines Selbst. Nein, nein, die Schule, der privilegierte Verdummungsacker der Kirche, die mußte von so einem ‚Verderber‘ befreit werden, sonst geschah es, daß eines Tages die Hammelherde gegen die Hürden drängte und aus dem engen Pferch hinaus ins Freie sprang. Und dann o weh! Dann blieb der Beichtstuhl leer, und im Taufstein konnte das heilige Wasser vertrocknen. Nur keine Selbständigkeit, nur keinen Hauch des Freiseins. Unterwürfigkeit, Dummheit. Festgehalten am Gängelband — und dann in den großen Schafstall geschäfert, in den man kein Licht läßt und keinen frischen Wind. Sonst ist's aus mit der Herrschaft, aus mit den fetten Pfründen. Der Napoleon hatte im Anfang des Jahrhunderts da schon genug gehaust und manchen fetten Brocken weggeschluckt, die Revolutionszeit heilte jetzt erst ein wenig aus — da mußte man auf der Hut sein. Da und dort staken noch so ein paar von den alten Hartköpfen unter den Lehrern — die jungen waren zahm wie die Kinderlämmchen und fraßen aus der Hand — der alte Krafft aber war der schlimmste von ihnen. Weil er der ruhigste war und der sicherste. So mußte an ihm ein tüchtiges Exempel statuiert werden.

Er verlor sein Amt. Er sollte auch die Schule verlieren. Aber da hatte sich das bischöfliche Ordinariat in Mainz verrechnet. Seine Schule gab er nicht her — und er kämpfte um sie. Er errichtete seine Privatschule. Ohne Religionsunterricht. Er war ein Kerl, der alte Krafft.

Aus der ganzen Umgegend kamen die Schüler und Schülerinnen herbei — denn er hatte sogar die Simultanschule für sich durchgesetzt. Er war ein paar Jahrzehnte seiner Zeit voraus, dieser traurigen Zeit des Pfaffen- und Junkerregiments in Deutschland, die auch richtig die Lehrer — in ihrer großen Masse — gefunden hat, die sie wert ist. Besonders die Kinder von Juden kamen. Die Juden sind ja immer lernbegieriger als die Christen. Die Schule blühte. Die Mädchen schickte der Krafft mit einer schönen Bildung in die vornehmeren Häuser zurück, aus denen sie gekommen waren — und viele, die heute Mütter sind, danken's ihm noch, und da und dort ist etwas aufgegangen von seiner Saat. — Der Blick ist erweitert — über Hofreite und Herd hinaus, und das kommt den Jungen zugute, in die von früh an der Auftrieb gelegt wird, der, wenn er sich mit den Anlagen richtig verbindet, tüchtige Männer aus ihnen macht.

Die Knaben bereitete der Krafft meist für die höheren Klassen der Mainzer Realschule vor. Da winkte seit kurzem der Verfasser des ‚Buches der Natur‘, der sanfte, schöngeistige Friedrich Schädeler — und der wußte den Alten auf dem Dorfe zu schätzen. An seiner Schule war kein Jesuiteneinfluß mehr, wie am Gymnasium. Und wer vom alten Krafft aus der Privatschule kam, der war willkommen.

Die Klar trat dem alten Schulmeister in ihrer derben Weise mit lautem Gruß entgegen. Auf dem Kirchturm tat die Uhr die letzten Schläge von der achten Morgenstunde, und sie hallten hart in die Stille herüber. Denn beim alten Krafft war es still. Da lag sauber, mit Kies bestreut, sein Hof, mit dem gepflasterten Gang am Hause entlang, und ein gepflasterter Gang, frisch aufgewaschen, daß die roten Plättchen blinkten, führte zu der Pumpe hin, die sauber und einladend dastand. Der grüne Pumpenstock, der schwarze Schwengel mit dem Messinggriff, die Bütte mit den grünen Dauben und den schwarzen Reifen — und oben auf der Pumpe als Abschluß die rote Eichel, die wie ein schäumend Bierglas obenauf stand. Und der Garten. Der Garten vom alten Krafft, der wie ein Gedicht war. Zwei Treppen hinauf in den Hauptpfad — rechts der Apothekerbirnbaum und der türkische Zwetschenbaum, links der dicke Syringenstrauch — dann, den Hauptpfad hinauf die beiden Blumenrabatten zu beiden Seiten, Frauenherz, Aurikelchen, Gretchen im Grünen, Nelken, Narzissen, Balsaminen, und noch viel mehr, tausendmal viel mehr hinter der grünen Buchseinfassung, in der auch nicht das kleinste gelbe Blättchen war. Und über dem bunten, blühenden und duftenden Durcheinander die Rosensträucher in gleichen Abständen — und oben, die Rabatten abschließend, die Lilienbüsche. Hinter der rechten Rabatte das große grüne Quadrat des Rasens, hinter der linken die kleinen Rechtecke mit den Küchenkräutern, Thymian und Majoran, Fenchel und Kümmel, Estragon und Pimpernell und die saftigen Blätter des Sauerampfers. Oben dann der eigentliche Gemüsegarten. Kein Rondellchen, kein Firlefanz. Alles schnurgerade — und in gleichen Breiten. Ein Mirabellenbaum, ein Aprikosenbaum, ein paar Zwergobstbäume. Links und rechts am Zaun die Johannisbeer-, Stachelbeer- und Himbeersträucher — oben aber, gegen das freie Feld hin, die Rebenspaliere. Wie ein Traum lag der Garten da, still und ordentlich, und auch der Hof war erfüllt von seinem Duft.

Mit eigenen Händen hatte der Krafft das alles gemacht — seine Bücher und sein Garten! — und wenn er hier nicht Hacke und Rechen handhabte, so hatte er ein Buch, rauchte und studierte. Und hier im Garten war's auch, wo der Tod zum ersten Male seine Hand auf ihn legte.

(Fortsetzung folgt.)

Entbindungen ist außerdem ein besonderer Kostenbeitrag von 50 M. zu zahlen. Die Kurkostensätze gelten in gleicher Weise für Berliner wie Nichtberliner.

Anmeldung zur Weißenseer Volksbühne!

Ausgehend von der Tatsache, daß große Schichten der arbeitenden Bevölkerung sich den Besuch der großen Berliner Theaterbühnen nicht mehr leisten können, denn schon die Unkosten für die Straßenbahnfahrten fallen erheblich ins Gewicht, und dadurch ein Gebiet der Volksbildung stark vernachlässigt wurde, hat das Bezirksamt des 18. Verwaltungsbezirkes die Gründung einer Volksbühne nach Pankower Muster in die Wege geleitet und Herrn Theaterdirektor Kirschner zu zehn Vorstellungen im Herbst und Winter verpflichtet. Zur Aufführung kommen Werke von Gerhart Hauptmann, Ibsen, Schönherr, Goethe, Grillparzer, Auernheimer, Lessing, Hebbel, Kotzebue und Slobodn. Beitrag pro Mitglied und Vorstellung 15 Mark, Garderobe und Theaterzettel frei. Beitrittsformulare sind beim Bezirksamt oder bei unserem Mitglied des Volksbildungsamtes Gen. Heinl, Gäblerstraße 7, zu entnehmen.

Abgefaßte Schützen auf Eisenbahnzüge.

Erfreulicherweise sind zwei jener gefährlichen Burschen, die mutwillig auf Eisenbahnzüge schießen, dingfest gemacht worden. Die Arbeiter Karl Schubert und Fritz Hagen ergriffen in der Wuhlheide bei Sadowa nach aufregender Jagd über Wiesen und Zäune einen 20jährigen Burschen und einen 18jährigen Schüler, von denen der Aeltere soeben auf den Vorortzug nach Erkner mit einem Tesching geschossen hatte. In den Taschen beider Burschen fand sich eine Menge Munition. Das Gewehr wurde im Grase versteckt aufgefunden. Den beiden tatkräftigen Arbeitern fällt ein erheblicher Teil der von der Eisenbahnverwaltung ausgesetzten Belohnung zu.

Abonnementspreise der Berliner Zeitungen

Es kosten im Monat August:

Berliner Tageblatt	100 M.
Deutsche Allgemeine Zeitung	100 „
Deutsche Tageszeitung	100 „
Tägliche Rundschau	100 „
Vorwärts	90 „
Lokal-Anzeiger	84 „
Vossische Zeitung	80 „
Freiheit	70 „
Rote Fahne	70 „

Die Telephonnummern des Verlags „Freiheit", Kronprinzenufer 27, sind von heute ab: Moabit 2021, Hansa 1970, 1971, 1972.

Wegen Mißbrauchs der Erwerbslosenfürsorge hat sich das Neukölner Bezirksamt wiederum veranlaßt gesehen, im April und Mai d. J. gegen acht unberechtigte Unterstützungsempfänger das gerichtliche Strafverfahren einzuleiten. Bei dieser Gelegenheit sei erneut darauf aufmerksam gemacht, daß den in Frage kommenden Personen neben den erwähnten Strafen fast ausnahmslos durch längeren oder gar dauernden Ausschluß von der Fürsorge erhebliche Nachteile erwachsen.

Das Philharmonische Orchester, unter Leitung von Otto Marienhagen, veranstaltet im August folgende städtische Volkskonzerte: Am Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, in der Philharmonie. Programm: 1. Ouvertüre zu Manfred, R. Schumann. 2. Konzert Nr. 9, op. 55, für Violine, L. Spohr. 3. Dritte Sinfonie (eroica), Es-dur, op. 55, L. v. Beethoven. — Am Dienstag, den 8. August, abends 8 Uhr, in den Germania-Prachtsälen. Programm: 1. Ouvertüre zu „Ruy Blas", F. Mendelssohn. 2. Ave Maria, F. Schubert. 3. Serenade d-moll für Streichorchester mit obligatem Violincello, R. Volkmann. 4. Flatava (Moldau) sinfonische Dichtung, 2. Teil aus „Mein Vaterland", F. Smetana. 5. „Im Frühling", Konzertouvertüre, C. Goldmark. 6. Ballade und Polonaise für Violine, H. Vieurtemps. 7. Dorfszene, B. Godard. 8. Geschichten aus dem Wiener Wald, Walzer, J. Strauß. — Am Donnerstag, den 10. August, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain. Wagner-Abend. Programm: 1. Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg". 2. Einleitung zum 3. Akt, Tanz der Lehrbuben, Aufzug der Zünfte, Gruß an Hans Sachs, aus „Die Meistersinger von Nürnberg". 3. Zug der Frauen aus „Lohengrin". 4. Wotan's Abschied von Brunhilde u. Feuerzauber aus „Die Walküre". 5. Ouvertüre zu „Tannhäuser". 6. Albumblatt. Violin-Solo. 7. Huldigungsmarsch.

Jugendweihe in Weißensee. Für den 18. Verwaltungsbezirk findet die sechste Jugendweihe am Sonntag, den 1. Oktober, in der Gemeindefesthalle statt. Der Vorbereitungsunterricht findet nach den Ferien jeden Montag nachm. von 4 bis 5 Uhr im Gesangssaal des Realgymnasiums statt. Anmeldungen hierzu sind umgehend beim Genossen Heinl, Gäblerstraße 7, zu bewirken.

Das Bezirkswohnungsamt Friedrichshain, Gr. Frankfurter Straße 137, ist von Montag, den 7. August 22, an den drei Sprechtagen Montag, Mittwoch und Freitag nicht wie bisher von 9—11, sondern von 9—12 Uhr für das Publikum geöffnet. An den anderen Tagen kann der Zutritt nicht gewährt werden, um die vorliegenden Wohnungsgesuche erledigen zu können. Um aber den in Arbeit stehenden Wohnungsuchenden entgegenzukommen, hat das Wohnungsamt versuchsweise eine Auskunft eingerichtet, die vom 7. August ab am Dienstag und Donnerstag jeder Woche von 5½ bis 7 Uhr abends geöffnet ist.

Straßensperrung. Zwecks Vornahme von Bauarbeiten an der Schnellbahnstrecke Gesundbrunnen—Neukölln wird die Brückenstraße zwischen der Köpenicker- und Rungestraße vom 7. d. Mts. ab auf die Dauer von etwa vier Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Die Berliner Straßenbahn teilt mit, daß wegen Bauarbeiten bis auf weiteres die Endhaltestelle der Linie 25 und 125 und der dort endigenden Wagen der Linien 80 und 82 aus der Chalottenstraße in die Georgenstraße verlegt wird.

Einziehung von Steuern mittels Postauftrag durch einen Beiträger. Auf einen neuartigen Trick ist ein Schwindler verfallen, der im Juli d. Js. bei einem hiesigen Kaufmann in der Kleidung eines Postboten erschien und von diesem auf Grund eines angeblichen Postauftrages fällige Steuerbeträge verlangte. Anläßlich dieses Falles wird nochmals darauf hingewiesen, daß, soweit Steuern in der Wohnung von Steuerpflichtigen erhoben werden, dies in Groß-Berlin nur durch städtische Vollziehungsbeamte erfolgt, die sich dem Publikum gegenüber durch Dienstschild und einen besonderen schriftlichen Zwangsvollstreckungsauftrag auszuweisen haben. Eine Einziehung von Steuern mittels Postauftrag findet nicht statt.

Tödlicher Straßenunfall. Bei der Rettungsstelle Eichhornstraße wurde heute vormittag eine unbekannte 60 Jahre alte Frau eingeliefert, bei der der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Die Dame war vor dem Hause Tiergartenstraße 1 von einer Kraftdroschke überfahren worden.

Gewerkschaftliches

Die Moskauer Vorhut

Es ist eine Lieblingsbeschäftigung der Kommunisten sich selbst als „Vorhut des Proletariats" zu lobpreisen. Wie es mit dieser Vorhut bestellt ist, zeigt ein Bericht über die Vorstände der russischen Gewerkschaften — der Vor-Vorhut der Roten Gewerkschaftsinternationale — den wir der „RGI." Nr. 4 (15) entnehmen. Es heißt darin u. a.:

„Unter 39 Sekretären und Vorsitzenden der Zentralkomitees der Verbände haben wir 19 mit einer Voroktober-Karenz, d. h. einer solchen, die dem Beschluß unserer Dezember-Konferenz entspricht, **und 20 Kommunisten, die erst nach der Oktober-Revolution in die Partei eingetreten sind. . . .**

Vom Präsidium des Zentralkomitees heißt es:

Von 140 von uns registrierten Personen haben 34 vor dem Jahre 1917 der Partei angehört, **während 74 in der Zeit von 1817—1920 und 27 Personen seit dem Jahre 1920 in die Partei eingetreten sind.** Von diesen 140 Personen waren zu unserer Partei 36 Menschewiki, 22 S.R. und aus anderen Parteien 8 Personen übergetreten, zusammen 60, darunter 39 aus illegalen Parteien.

Also 46 Mitglieder des Zentralkomitee-Präsidiums sind überhaupt erst nach der Machtergreifung „Sozialist" geworden. Es kommt aber noch schöner:

Was die erweiterten Zentralkomitees betrifft, so sehen wir hier folgendes Bild: **bis zum Jahre 1917 waren 72, von 1917—1920 211 und später 47 Personen,** insgesamt also 330 in die Partei eingetreten, davon 66 Menschewiki, 25 S.R., 9 aus anderen Parteien, zusammen **100 Personen.**

Unter den 23 Kommunisten des Zentralkomitees des „Verbandes für Volksverbindung" (Post, Telegraph usw.) ist nicht ein einziger, der vor der Oktober-Revolution Sozialist war. —

Und diese Leute, die vor einigen Jahren noch keinen Schimmer von Sozialismus, geschweige denn von der zaristischen Arbeiterbewegung hatten, spielen sich jetzt als Weltbeglücker und Lehrmeister für die ganze Welt auf. Sie gründen eine „Rote" Internationale nach der anderen, und wer diese verbrecherische Tätigkeit nicht unterstützt, wird als „Verräter", „Renegat", „Kettenhund der Bourgeoisie" und was sonst noch alles beschimpft. Wie es scheint, wird das selbst schon deutschen Kommunisten zu bunt, denn derselbe Bericht verzeichnet, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale Jakob Walcher aus dem Berliner Büro der RGI. abgesetzt hat. Leute mit Verantwortungsgefühl und sozialistischer Vergangenheit sind den Moskauern scheint's besonders zuwider.

Die 46stündige Arbeitswoche in der Textilindustrie

Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium hat in seiner Sitzung vom 1. August in der Arbeitszeitfrage in der Textilindustrie entschieden, daß die 46stündige Arbeitszeit bestehen bleibt. Unter dem Vorsitze der drei unparteiischen Herren Oberregierungsrat Goldschmidt vom Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Simon vom preußischen Handelsministerium und Oberregierungsrat Reinecke vom Reichswirtschaftsministerium wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„**Die bisherige regelmäßige Arbeitszeit von 8 Stunden, Sonnabends 6 Stunden, bleibt unverändert bestehen. Die Regelung von aus wirtschaftlichen und technischen Gründen notwendigen Ueberstunden wird der Verständigung zwischen Betriebsleitung und der gesetzlichen Arbeitervertretung vorbehalten. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so entscheidet innerhalb einer Woche eine von den jeweiligen Tarifparteien zu bildende, paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsstelle, erforderlichenfalls unter einem unparteiischen Vorsitzenden; deren Entscheidung ist bindend.**

Die vorstehende Regelung hat Gültigkeit vom 1. August 1922 bis 30. Juni 1923 und verlängert sich jeweils um drei Monate, wenn sie nicht von einer der Vertragsparteien spätestens vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird."

In der Begründung zum Schiedsspruch wird unter anderem gesagt, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands eine Ausnutzung jeder Möglichkeit der Steigerung der Produktion erfordere. Der Schlichtungsausschuß glaubt jedoch in seiner Mehrheit, daß es der gegenwärtigen Lage in der Textilindustrie mehr entspricht, wenn **unter Beibehaltung der bisherigen (46stündigen) Arbeitszeit** die Arbeitnehmer den wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten erforderlichenfalls durch Leistung von Ueberstunden freiwillig tragen, als wenn **gegen den Willen weiter Kreise der Arbeiterschaft die 48stündige Arbeitszeit zwangsweise durchgeführt würde.** Dies besonders mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiterschaft der Textilindustrie, die überwiegend weibliche und jugendliche Arbeitnehmer beschäftigt, die Nachwirkungen des Krieges noch nicht überwunden haben.

Zum Schluß wird empfohlen, falls der Schiedsspruch von den Parteien angenommen wird, diese Regelung auch in dem Bezirk des Norddeutschen Textilarbeiterverbandes Berlin, für den der Spruch noch keine Geltung hat, einzuführen.

Der Schiedsspruch ist von den Vertretern sämtlicher beteiligten Textilarbeiterverbände angenommen, dagegen von den Unternehmern abgelehnt worden.

Haben die Unternehmerverbände der Deutschen Textilindustrie etwa die Absicht, nach dem Muster der reaktionären Metallindustriellenverbände für die deutsche Textilindustrie **durch Ablehnung des Schiedsspruches einen Riesenkampf heraufzubeschwören?** Glauben die Unternehmer den schwerkranken Wirtschaftskörper Deutschlands durch leichtfertige Herbeiführung eines Wirtschaftskampfes, von dem sämtliche Industrien betroffen würden, zur Gesundung zu führen? Die Arbeiterschaft ist zwar grundsätzlich nicht dieser Meinung, würde aber auch einem Kampfe, falls er ihr von den Unternehmern aufgezwungen wird, nicht ausweichen.

26. Internationaler Bergarbeiterkongreß

Der diesjährige Internationale Bergarbeiterkongreß tagt in Deutschland und zwar in Frankfurt a. M. Am Montag, den 6. August beginnen im dortigen Volksbildungsheim seine Verhandlungen, die bis 11. August dauern sollen. Der Kongreß wird eine Reihe wichtige gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Probleme behandeln, die allgemeines Interesse beanspruchen. Von besonderer Bedeutung bei unserer Kohlenkalamität dürfte die Behandlung eines Antrages auf internationaler Regelung der Kohlenwirtschaft sein, der von der Tschechoslowakei gestellt ist. Ein holländischer Antrag verlangt die Errichtung eines internationalen Büros für die Verteilung der Kohle, worin der erste Schritt zur Sozialisierung des Bergbaues erblickt wird. Für die Sozialisierung des Bergbaues hat sich bereits der internationale Bergarbeiterkongreß vom August 1920 zu Genf ausgesprochen. **Der diesjährige wird sicher diesen Beschluß** bekräftigen. Es liegt hierzu ein Antrag vor, der allen Bergarbeiterorganisationen empfiehlt, in ihrem Lande mit allen Mitteln die Sozialisierung des Bergbaues anzustreben.

Für eine internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen sprechen sich mehrere vorliegende Anträge aus England, Holland und Belgien aus. Im Bergbau soll ein einheitliches Lohnsystem zur Einführung kommen. Der Lohn des Arbeiters, so sagt ein belgischer Antrag, soll nicht von der Lage des Bergwerks, das ihn beschäftigt, abhängen, Regelmäßigkeit und Einheitlichkeit müßten durch eine Verrechnungs- und Ausgleichskasse gesichert werden, welche durch Zahlungen pro extrahierte Tonne zu speisen wäre.

Ueber die Frage der Festsetzung der Arbeitszeit liegen verschiedene Anträge vor. Referent hierzu ist der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes, Husemann-Bochum. Von Deutschland liegt auch eine längere Entschließung zu diesem Punkt vor. In ihr wird verlangt, daß sich die Bergarbeiterorganisationen aller Länder mit allen ihn zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Verlängerung der jetzt bestehenden Arbeitszeit wenden. Es soll darauf hingewirkt werden, daß in allen Ländern die siebenstündige Schichtzeit gesetzlich garantiert wird. Die Schichtzeit für Arbeiter, die vor Arbeitspunkten beschäftigt sind, wo die Temperatur über 28 Grad beträgt, soll 6 Stunden, bei über 32 Grad 5 Stunden betragen. Ein anderer Antrag verlangt ein Verbot von Untertagsarbeit für Frauen und Jugendliche.

So stehen bedeutungsvolle Fragen auf dem Kongreß zur Erörterung. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Der Achtstundentag bei der Eisenbahn

Die beabsichtigte Durchbrechung des Achtstundentages in der Eisenbahnverwaltung, die durch Einführung neuer Dienstdauervorschriften versucht werden sollte, ist seitens der gesamten Eisenbahnergewerkschaften in einer am gestrigen Tage stattgefundenen Sitzung abgelehnt worden. Die Gewerkschaften werden versuchen, erneut mit dem Reichsverkehrsministerium in Verhandlungen zu treten, ersuchen aber jetzt schon ihre Mitglieder, strengste Ruhe und Disziplin für die kommende Zeit zu wahren.

Zum Streik der Hochbahner

Auf Grund des Streikbeschlusses bei der Hochbahn hat, wie wir bereits mitteilten, am 2. August der Demobilmachungskommissar die Vermittlung übernommen. Die Verhandlungen ergaben folgendes Resultat:

Für Monat Juli: Auf die bestehenden Löhne wird für Männliche 600 Mark, für Weibliche 400 Mark, für Jugendliche 250 Mark gezahlt. Für Monat August: Die Gruppe 1—4 des Verkehrspersonals erhält statt 7,75 Mark 8 Mark, die Gruppe 5—7 Fahrkartenausgeberinnen statt 2,25 Mark 5,75 Mark, die Gruppe 6 Dienstanwärter statt 7,25 Mk. 7,50 Mark Stundenlohnzuschläge. Darüber hinaus sollen ab 1. August die Stundenlöhne für Männliche um 1,50, für Weibliche um 1,— Mark erhöht werden. Die Kinderzulage wird von 1,— auf 1,25 Mark erhöht.

Mit diesem Ergebnis war die bereits gebildete Zentralstreikleitung nicht einverstanden. Es fanden deshalb am 3. August noch einmal mit der Direktion Verhandlungen statt. **Sie erklärte sich bereit, die ab 15. August eingetretene Erhöhung der Stundenlöhne schon am 1. August eintreten zu lassen.** Die Löhne der Reinemachefrauen sollen um 50 Pfennig für die Stunde erhöht werden. Für Juli wurde die für die Fahrkartenausgeberinnen zugesicherte Summe um 50 M. erhöht (statt 400 = 450 Mark). Mit diesem Resultat haben sich die Funktionäre am Donnerstag nachmittag beschäftigt.

Die Funktionäre kamen zu dem Entschluß, daß wenn sie die jetzigen Verhältnisse in Rechnung stellen, sie **nicht in der Lage sind, die Annahme zu empfehlen,** sondern die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung den Kollegen in einer Urabstimmung, die am Sonntag stattfindet, selbst zu überlassen.

Zum Streik bei Wertheim

Auch am zweiten Streiktage legte die im Ausstande befindliche Belegschaft der Fa. Wertheim eine glänzende Kampfesstimmung an den Tag. Der Fa. war durch die geschlossen durchgeführte Bewegung nicht in der Lage, ihre Betriebe offen zu halten. **Um Arbeitswillige zu gewinnen,** bietet die Geschäftsleitung Sonderprämien bis zu 100 Mark pro Tag, sowie freie Beköstigung für Streikbrecher an. Da dies nicht zog, wurde das Rote Kreuz, allerdings ohne Erfolg, ersucht, Flüchtlinge als Streikbrecher zu liefern. Das durch die Streikleitung über die wahren Streikgründe aufgeklärte Publikum hat für die Treibereien der Firma kein Verständnis und drückt den Streikenden dadurch seine Sympathien aus, daß es die Firma Wertheim meidet. Die Streikenden Angestellten, Handlungsgehilfen und Facharbeiter nahmen in einer am Donnerstag, den 3. August, stattgefundenen überfüllten Versammlung einen Situationsbericht der Streikleitung entgegen und formierten sich zu einem imposanten Demonstrationszug. Kommt es nicht unverzüglich zu einer Verständigung mit der Firma, dann ist zu erwarten, daß eine **weitere Verschärfung** des Streiks eintritt.

Lohnerhöhungen im Hoch- und Beton-Baugewerbe

Die Lohnverhandlungen fanden diesmal unter Ausschaltung der Tarifschlichtungskommission statt. Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Höhe der aufgestellten Forderungen (gefordert wurden 50,00 M. Stundenlohn) kein Angebot machen zu können und stellten anheim, sofort das Bezirkslohnamt anzurufen. Das Bezirkslohnamt tagte am 25. Juli 1922 unter Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Reiffenstuhl als geschäftsführendem Unparteiischem. Zunächst einigten sich die Parteien dahin, daß eine weitere Verlängerung der Tarifverträge und der Vereinbarung vom 8. Juni 1922 bis zum 31. August 1922 eintreten sollte, wenn die Lohnfrage geregelt ist. Nach längerer Beratung fällte das Bezirksamt mit Stimmenmehrheit den nachstehenden Schiedsspruch:

Die tariflichen Stundenlöhne im Hoch- und Betonbau für die Tarifgebiete von Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Nowawes, Velten, Oranienburg und Königswusterhausen werden wie folgt festgesetzt:

	Ab 1. bis 14. 8.	Ab 15. bis 31. 8.
	pro Stunde	
Maurer	42,00	45,00 M.
Zementierer und Einschaler	41,95	44,95 M.
Stein- und Kalkträger	42,00	45,00 M.
Kalkschläger, Wasserträger, Rüster usw.	40,05	42,90 M.
Zementarbeiter	40,05	42,90 M.
Geübte Bauhilfsarbeiter	39,90	42,75 M.
Ungeübte Bauhilfsarbeiter	39,80	42,65 M.

Die Abstimmung über vorstehenden Schiedsspruch erfolgte am Sonntag, den 30. Juli, in den Bezirken und fand die

Zustimmung der Kollegen; auch die Unternehmer haben zugestimmt. Von dem gleichen Termin erhöhen sich die Löhne der in Frage kommenden Facharuppen.

Teilstreiks der Berliner Handelsgärtner

Infolge Nichtbewilligung der von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen kam es am 1. August in verschiedenen Betrieben zur Arbeitseinstellung. Inzwischen geführte Verhandlungen führten zu keiner Einigung, es ist vielmehr mit weiteren Arbeitseinstellungen zu rechnen.

Die Forderungen betragen pro Stunde für gelernte Gärtner 22,00 bis 27,50 M., für Arbeiter 17,00 bis 25,00 M., für Arbeiterinnen 12,00 bis 15,00 M. Diese wohl als bescheiden zu bezeichnende Forderung wurde arbeitgeberseits als zu hoch bezeichnet und im Höchstsatz für verheiratete Gärtner 25,00 M., für verheiratete Arbeiter 21,00 M., und für Arbeiterinnen 11,00 M. angeboten. Eine am Dienstag stattfindende Versammlung wird die weiteren Beschlüsse dazu fassen. Wir ersuchen die übrige Arbeiterschaft, die Streikenden in ihrem gerechten Kampf zu unterstützn.

Neue Löhne der Möbeltransportarbeiter

Zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Verein Berliner Möbeltransporteure E. V. ist es für den Monat August zu einer Einigung in der Lohnfrage gekommen. Demnach beträgt der Wochenlohn für Kutscher, angestellte Packer, Arbeiter und Kraftwagenführer 1950 M., nichtangestellte Arbeiter und Packer erhalten pro Tag 375 M., vollwertige Stallente und Wächter pro Woche 1700 M. Ueberstunden werden mit 46,50 M. bezahlt. Für Sonntags- und Ueberstundenarbeit, bei Ueberlandfahrten, bei Geldschrank-, Flügel- und Klaviertransporten sind besondere Vereinbarungen getroffen, die im Lohnabkommen einzeln festgelegt sind. Ueber die stattgefundenen Verhandlungen wurde in einer Vollversammlung, die am Montagabend in den Residenzsälen stattfand, von der Branchenleitung eingehend berichtet. Nach einer längeren Debatte stimmte die Versammlung dem Abkommen zu. Ebenso einem Antrage, der den im Streik befindlichen Instrumentenarbeitern die Unterstützung in ihrem Lohnkampfe zugesichert wird durch Verweigerung von Einzeltransporten von Instrumenten.

Kistenmacher

Infolge des Streiks in der Kistenbranche sind eine größere Anzahl Arbeitskräfte in andere Berufe übergegangen. Da die Lohnbewegung ihren Abschluß gefunden hat, werden eine größere Anzahl solcher für die Kistenbranche zu den mit dem Deutschen Holzarbeiterverband vereinbarten Löhnen (Kistenmacher 37,50 Mk., Kreissägenschneider 39,00 Mark, ab 16. August Kistenmacher 41,50 Mk., Kreissägenschneider 43,00 Mk. pro Stunde) benötigt. — Kistenmacher und Kreissägenschneider bitten wir, sich im Büro des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungestraße 30, zu melden, um die noch freistehenden Arbeitsplätze zu besetzen.

Lohnforderungen der Berliner Schuhmacher

Eine öffentliche Versammlung der Berliner Maß- und Reparaturschuhmacher befaßte sich am 31. Juli in den Residenzfestsälen mit dem Thema: „Unsere Löhne und die heutige Teuerung. Der Referent Schüler von der Branchenleitung wies auf die überaus elenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Berliner Schuhmacher hin, die heute für einen Stundenlohn von 18 Mark arbeiten, während nach dem Reichstarif in der Schuhindustrie 30,40 Mark und in der Friedrichstädtischen Maßbranche 33 Mark pro Stunde für den Monat Juli bezahlt wurden. Eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung ist durchaus am Platze. In der Debatte wiesen alle Redner auf den unhaltbaren tariflichen Zustand hin. Angenommen wurde ein Antrag, mit den Berliner Innungen sofort in Verhandlungen einzutreten und den Arbeitgebern die Mindestforderung von 33 Mark pro Stunde zu unterbreiten. Die Tarifkommission wurde beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten.

Verbandstag der Tabakarbeiter

Der deutsche Tabakarbeiterverband hält seinen 18. Verbandstag in der kommenden Woche vom 7.—12. August im „Dresdner Volkshaus" ab. Der letzte Verbandstag fand im Jahre 1919, also vor drei Jahren statt. Wir werden über die Verhandlungen des Verbandstages zusammenhängend berichten.

Lohnbewegung der Kupferschmiede

Nach erneuten längeren Verhandlungen wurden für Kupferschmiede folgende tariflichen Mindestlöhne vereinbart:

Vom 16. 7. bis 31. 7. . . Mk. 37,— pro Stunde
Vom 1. 8. bis 15. 8. . . Mk. 40,— pro Stunde

Bei Stadtmontagen wird ein Zuschlag von Mk. 1,— pro Stunde gezahlt. Bei Akkordarbeit müssen mindestens 15% über die genannten tariflichen Löhne gezahlt werden.

Die Ortsverwaltung.

Wöchentliche Gehaltsauszahlung für Angestellte

Die wirtschaftliche Notlage bringt selbst Angestelltenkreise dazu, sich der sonst von ihr bekämpften wöchentlichen Gehaltsauszahlung der Arbeiter anzuschließen. So ist jetzt diese Art der Auszahlung in einem größeren Bankhause auf Wunsch der Angestellten durchgeführt worden. Es ist zu hoffen, daß sich die übrigen Angestellten bald anschließen werden, besonders, da ein finanzieller Vorteil bei der Berechnung des Gehaltes in Höhe von ca. einem Monatsgehalt pro Jahr herausspringt.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 7. resp. 14. Juli 1922 sind die Tarifverträge für die kaufmännischen Angestellten im Möbelhandel vom 22. bezw. 27. März 1922 mit Wirkung vom 1. März 1922 (Geschäftszeichen VI 2887/28) für die kaufmännischen Angestellten des Glas- und Keramikgroßhandels vom 3. April 1922 mit Wirkung vom 1. März 1922 (Geschäftszeichen VI 1792/48), für die kaufmännischen Angestellten im Textilgroßhandel vom 21. Oktober 1921 und die Nachträge vom 1. Februar 1922 und 19. April 1922 mit Wirkung vom 1. April 1922 (Aktenzeichen 1995/45) für das Gebiet der Stadtgemeinde Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. — Gedruckte Tarifverträge und Auskünfte sind im Büro des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7—10, erhältlich.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 4. August.

7. Distrikt, 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungssitzung bei Leuschner. Erscheinen sämtlicher Funktionäre und Kommissions-Obleute unbedingt erforderlich.

Charlottenburg. Sitzung der Zeitungskommission abends 7 Uhr bei Grüttner, Lützowstraße 8.

Neukölln. Funktionärinnensitzung abends 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 140. Mitteilungsblätter zum nächsten Zahlabend können ab Freitag vormittag im Bureau, Breitestr. 8, in Empfang genommen werden. Die Geschäftsleitung.

Sonnabend, den 5. August.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 8 Uhr Distriktsfunktionärsitzung bei Kränich, Mariendorf, Chausseestraße 27.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Baumschulenweg. Abends 6 Uhr Sommerfest im „Spreeschloß". Kaffeekochen bis 10 Uhr abends. Die Genossen werden gebeten, Lampions mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

20. Verwaltungsbezirk. Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Hermsdorf. Funktionärkonferenz abends 7 Uhr im Seebad Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 49 (Jugendhalle).

8. Distrikt. Elternbeiräte sämtlicher Schulen, einschließlich 6., 14., 19., 72. und 166. Schule, abends 7 Uhr, wichtige Zusammenkunft in der 183. Schule, Müller-, Ecke Tristanstraße, Zimmer Nr. 7. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Lichtenberg-Stadt. 5. Viertel. Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Mix, Margareten-, Ecke Friedrichstraße. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Weißensee. Abends 7 Uhr sämtliche 30- und 45jährige Parteijubiläumsfeier im Lokal Neumann, Ecke Rölse- und Charlottenburger Straße. Alle Parteifunktionäre, Kommissionsmitglieder und andere rege Genossen sind freundlichst eingeladen.

Distrikt Königswusterhausen. 7 Uhr bei Treu, Berliner Straße 18, Konferenz. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung müssen alle Ortsgruppen vertreten sein.

Sonntag, den 6. August.

19. Distrikt. Kreuzberg. Kinderwanderung Königswusterhausen—Teltower See. Treffpunkt 7½ Uhr Admiralsbrücke. Fahrgeld: 5 M. Mitbringen Liederbücher, Kartoffeln, Hering, gemahlener Kaffee, Teller, Trinkbecher, Eßbesteck.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Bezirk Prenzlauer Berg. Ausflug nach Buch. Treffpunkt Rudolf-Wolfe-Straße. Eingang zur Spielwiese 8 Uhr. Abmarsch 8½ Uhr. Kinder möglichst ungerbrechliches Trinkgeschirr mitbringen. Eltern und Gäste willkommen.

Vereinskalender

Freitag, den 4. August

Zentralverband der Angestellten. Chemische Industrie. Mitgliederversammlung 7½ Uhr „Müller-Säle", Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Reichsbetriebe. Abends 7 Uhr in den Residenz-Festsälen, Landsberger Straße 31, Branchen-Vollversammlung. Tagesordnung: Bericht über die neuen Lohnverhandlungsergebnisse.

Sonnabend, den 5. August.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1: Gruppe Rohprodukten: Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der letztstattgefundenen Lohnverhandlung.

Jugendbewegung

S. P. J. Gruppe Westen. Freitag, den 4. August, Mitgliederversammlung in der Baugewerkschule, Kurfürstenstraße 141.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Touren für Sonntag, den 6. August: 1. Abt. Gorinsee, Start 8 und 12 Uhr Bülowstr. 66. 2. Abt. Siethener See, Start 8, abends 6 Uhr, 6. früh 5 Uhr Planufer 82. 3. Abt.: Schnitzeljagd nach Eichwalde, Start 6.30 Lausitzer Platz. 4. u. 5. Abt.: Abends 6 Uhr Dudrow, 6. mittags 12 Uhr Neue Mühle, Start Heberwiese, Stützpunktlokal Gubener Straße 48. 5. Abt.: Lehnitz-See, 5 Uhr früh Bergfelde (Buffe), mittags 1 Uhr, Start Arnswalder Platz. 6. Abt.: Oderberg, 5. abends 7 Uhr Uetzdorf, 6. früh 6 Uhr, Start Kopenhagener Straße 26. 7. Abt.: Suckow, Märkische Schweiz, 5. abends 5 Uhr Böhlsee, 6. früh 5 Uhr Rodebrück mittags 12 Uhr, Start Koloniestr. 147. 8. Abt.: Finkenkrug Schnitzeljagd und Waldfest, Start 7 und 11 Uhr, Waldstr. 8. 9. Abt.: Sakrowsee früh 5 Uhr Pichelswerder, mittags 12 Uhr, Start Schulstr. 114. 10. Abt.: Uebenberger Mühle, Start Komenius-Platz. 11. Abt.: Petersdorfer See, 5. abends 5 Uhr, Werlsee, 6. früh 5 Uhr. Köpenick mittags 12 Uhr, Start Utrechter Straße 9. 12. Lehnitz-See, Start 6 Uhr; Bahnhof Gesundbrunnen. Jugendabteilung: Bachsee, Eberswalde, Start 6 Uhr Bahnhof Westhensee. Ortsgruppe Neukölln-Rotawes: Turnhalle Start 12 Uhr Richard-Platz. Ortsgruppe Pankow: Neu-Ruppin, 5. abends 6 Uhr, 6. Marienberg mittags 12.30 Uhr. Ortsgruppe Reinickendorf: Gorinsee. Start 6 Uhr, Schwedengelt.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Am Sonnabend, den 5. August: Dudrow, Hänner See, Treffpunkt 5 Uhr Görlitzer Bahnhof Südost. — Springsee, Scharmützel-See, Treffpunkt 7.40 Uhr Görlitzer Bahnhof Südwest. — Treffahrt der Abteilung Osten zur Gründungsfeier am Uebersee 6.40, 8.20, Abfahrt 4, 5.35, Stettiner Bahnhof Osten. Fürstenwalde, Petersdorfer See 7 Uhr, Stettiner Bahnhof Tegel. Treffahrt der Abt. Norden an der Südwest-Ecke des Sakrowsees (Zeltlager) 5.30 6.30 Gesundbrunnen Norden. Sonntag, den 6. August: Tiefensee, Gamensee 5.15, Wriezener Bahnhofsteig Wedding. Elternfahrt nach Meißners Hof 6.30 Stettiner Vorortbahn Schöneberg. Eltern- und Treffahrt nach Erkner, Hohehinde, Alte Spree 7.30 Bahnhof Treptow, Treptow. Besichtigung der Rüdersdorfer Kalkberge 5.30 Schles. Bahnhof Nordost. Suckowsee 6.11 Bernau Buchh. Plagesenn 6 Uhr Stettiner Fernbahnhof Mitte. Hangelsberg, Marsee 4.42 Stralau-Rummelsburg-Lichtenberg. Melchow-Suckowsee 6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen Norden.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: i. V.: Gustav Reinsch, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

1. Jahrgang Nummer 14

Der Jugendgenosse

Beilage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Presse

Verheißung

Ein schöner Morgen wird der Menschheit tagen,
Wo jeder Tausch der Gaben der Natur
Ein Austausch guter Tat und Rede ist;
Wo Reichtum, Armut und der Durst nach Ruhm,
Die Furcht vor Schande, Siechtum und Verderben,
Des Krieges Schrecken und der Hölle Graus
Nur im Gedächtnis leben wird der Zeit,
Die, gleich der reuigen Sünderin, erschauernd
Rückblicken wird auf ihrer Jugend Tage.

Shelley.

Zur Einigung des Jungproletariats

Von Georg Wendelsohn

Für die sozialistische Arbeiterschaft ist die deutsche Republik nicht das letzte Ziel. In ihr macht sich sogar, bedingt und begünstigt durch die Zerrüttung der Weltwirtschaft, ein wirtschaftliches Pirsentum breit und zeigt die Kluft zwischen Besitz und Besitzlosen, wie es so krass und ekel vor dem Kriege nicht gutage trat. Und dennoch ist das sozialistische Proletariat die stärkste, ja man kann fast sagen, **die einzige Stütze dieser Republik;** denn die politischen Rechte, die es sich am 9. November erkämpft hat, ermöglichen ihm, auf breiterer Grundlage seinen Kampf um fernere Ziele zu führen, der nicht der Verzweiflungskampf eines **Verschwörerklubs** ist, sondern das Ringen einer aufstrebenden Klasse, die die überwältigende Mehrheit des Volkes darstellt, um sein Ideal.

Die Bluttat an Walther Rathenau hat die gesamte Arbeiterschaft von neuem erkennen lassen, in welcher Gefahr sich die deutsche Republik befindet. Das wichtigste Ergebnis dieser Erkenntnis ist **die Annäherung der beiden sozialistischen Parteien,** die zur Arbeitsgemeinschaft ihrer Fraktionen im Reichstag und anderen Parlamenten geführt hat, denen sich hoffentlich bald weitere Schritte bis zur organisatorischen Vereinigung der beiden Lager anschließen.

Diese Tatsache kann nicht ohne Einfluß auf die proletarische Jugendbewegung bleiben, die sich heute, mit den ihr eigenen Aufgaben und Zielen, als **Teil der Arbeiterbewegung betrachtet hat.** Wo liegen hier die Differenzpunkte? Die kommunistische Jugend ist organisatorisch enger als die anderen Organisationen der Partei angeschlossen; sie will nur eine Parteivorschule sein, und trägt so alle Eigenheiten dieser Partei. Ist es schon in einem Augenblick, in dem die KP. zum soundsovielten Male beweist, daß sie nicht willens oder fähig ist, mit den Anderen Organisationen der Arbeiterschaft zusammen zu kämpfen, außerordentlich schwierig mit einer dieser Partei so eng verbundenen Jugendorganisation näher zusammenzukommen, so wird dies zur Unmöglichkeit auf Grund ihrer geistigen Einstellung. Sie glaubt nicht mehr und nicht weniger, als der [illegible] anderen Jugendorganisationen voraus „besondere Verpflichtungen dem Jungproletariat gegenüber" zu haben. Von dieser Voraussetzung des „auserwählten Volkes" ausgehend, glaubt sie sich berechtigt, ihr Gruppeninteresse stets über das der Allgemeinheit zu stellen und ist deshalb ein vollkommen unzuverlässiger Bundesgenosse. Es sei daran erinnert, daß es im Reichsausschuß wie in vielen Ortsausschüssen der Arbeiter-Jugendorganisationen undurchführbar war, mit der KJ. gemeinsame Arbeit zu leisten. Ihr Glaube an das Allheilmittel der physischen Gewalt, also ihre militärisch-militaristische Auffassung, läßt sie selbst Männer wie Max Hölz zu Helden stempeln und sie andererseits Verbrechen gutheißen, wie sie die Sowjetregierung jetzt an Klassenkämpfern und Helden der Revolution zu begehen beabsichtigt. (Wir haben jedenfalls keinerlei Protest der KJ. dagegen gehört, wie er etwa bei der von kommunistischen Drahtziehern in Szene gesetzten Ludwigsburger Hungerstreik-Affäre zu vernehmen war.)

Solcher Mangel an sozialistisch-sittlicher Weltauffassung ist vielleicht das allergrößte Hemmnis für eine Verständigung. Es ist ungewöhnlich eine besondere Aufgabe der Jugend, gerade die sittliche Seite des Kampfes um den Sozialismus zu betonen, der ja nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine eminent ethische Angelegenheit ist.

Hier finden sich besondere Berührungspunkte zwischen der sozialistischen Proletarierjugend und der Arbeiterjugend. Diese ist fast lediglich eine Kulturbewegung, während jene daneben auch eine Kampfbewegung sein will. Es wäre aber abwegig, lediglich das zu betrachten, was beide Organisationen dem Programm nach sein wollen und sie nicht als das zu nehmen, **was sie sind.**

Die wirtschaftlichen Forderungen beider Organisationen haben keine nennenswerten Unterschiede. Sie haben ihren Niederschlag gefunden in dem Gegenentwurf zum Arbeitszeitgesetz, den beide gemeinsam mit den Gewerkschaften verfaßt haben. Das auf der einen Seite stärkere Betonen der Kultur- vor der Kampforganisation und umgekehrt hat nicht seine Grenzen in den Grenzen der Organisationen selbst. In beiden Organisationen gibt es Flügel, die mehr nach dieser oder jener Seite hinneigen. An den großen politischen Demonstrationen hat sich die KJ. gleichermaßen wie die SPJ. beteiligt, und in ihrer Stellung zum Militarismus hat sie in ihrer Entschließung in Bielefeld einen Standpunkt eingenommen, der sich grundsätzlich nicht von dem unserer Organisationen unterscheidet. Die praktische Arbeit in beiden Organisationen aber, das muß ausgesprochen werden, unterscheidet sich kaum von einander — besonders, wenn man an die ländliche Ortsgruppe denkt — und darauf kommt es schließlich an.

War die Zerklüftung der Jugend in Zeiten der Spaltung der Arbeiterbewegung eine bittere Notwendigkeit, so erwächst jetzt den Teilen, die zu einander streben, die Pflicht, bewußt und entschlossen diesen Weg zu gehen. Eine geschlossene proletarische Jugendbewegung ermöglicht nicht nur ein ökonomisches Ausnutzen der vorhandenen Kräfte, sie würde auch eine starke Anziehungskraft auf die dem Sozialismus noch fernstehende arbeitende Jugend ausüben. Differenzen gar persönlicher Art, die bis in die letzte Zeit hinein bestanden haben mögen, dürfen dem großen Gedanken der Einigung bei der Jugend so wenig wie bei der Arbeiterschaft hindernd im Wege sein.

Es wird Aufgabe der zentralen Körperschaften sein, sich auf einem gemeinsamen Programm zu finden und darüber hinaus werden die örtlichen Organisationen sich mit dem Gedanken der Gründung von Arbeitsgemeinschaften beschäftigen müssen. War die Jugend der Teil der Arbeiterbewegung, der, zuerst entschlafen, nicht nur einer organisatorischen Trennung zurückschreckte, so sei er jetzt derjenige, der auch bei einer Wiedervereinigung vorangeht.

Die Arbeiter-Jugend sandte uns zu den Artikeln „Einigung des Jungproletariats" und „Gegen die Schulreaktion" eine Berichtigung. Wir nehmen in der augenblicklichen Situation, die die Einigung des Jungproletariats im Kampfe gegen die Reaktion verlangt, Abstand davon, zurückliegende Differenzen erneut aufzurollen.

Konferenz des Kreises Cottbus

Am Sonntag, den 30. Juli, tagte in Cottbus die Kreiskonferenz Cottbus, die von 22 Vertretern der Gruppen Lübben, Forst, Spremberg, Cottbus, Frankfurt und Schwiebus besucht war. Unsere Organisation hat im Kreise festen Fuß gefaßt. Außerdem steht noch eine Reihe Neugründungen von Ortsgruppen bevor.

Nach einem Referat des Genossen **Bramer** fand eine rege Aussprache über die Einigung des Jungproletariats statt. Einmütig wurde die Auffassung vertreten, daß zurzeit eine Einigung mit der kommunistischen Jugend wegen ihrer hinterhältigen Politik nicht in Frage kommt. Die Bemühungen der Parteien, der geschlossenen Front der Reaktion die geeinte Arbeiterschaft entgegenzustellen, wurde anerkannt und ebenso zum Ausdruck gebracht, daß **eine geeinte Jugend besser und erfolgreicher arbeiten könne.**

Leider mußten Vertreter aus Frankfurt a. O. berichten, daß in der dortigen KJ. unter Leitung eines etwa 30jährigen Vorsitzenden der Wille zur Zusammenfassung des Jungproletariats nicht besteht. Die Konferenz war der Ansicht, weiterhin mit allen Kräften den Ausbau unserer SPJ. zu betreiben, jedoch **den Brudergruß einzustellen,** um einem eventuellen Zusammenschluß der Jugendorganisationen die Wege zu ebnen. Entschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Gruppen selbst noch nicht Stellung genommen haben.

Mord als Kampfmittel der Jugend!

Von A. Krämer-Neukölln

Die Schüsse, die den Minister Dr. Rathenau niederstreckten, haben die gesamte Arbeiterschaft und weite Kreise des Bürgertums mit aller Deutlichkeit gezeigt, was von der Reaktion, die immer dreister und freier ihre Tätigkeit ausübt, zu erwarten ist. Gewaltig war der Aufmarsch der Massen, die ihren Willen bekundeten, unter allen Umständen die Republik zu schützen. Hoffen wir, daß die Kraft nicht umsonst vertan war, daß nun endlich durchgegriffen wird und Verwaltung und Schule von allen reaktionären Elementen gründlich gesäubert wird.

Klar und deutlich ist jedoch der innige Zusammenhang aufgedeckt worden, der zwischen den Mördern und den rechtsstehenden Organisationen besteht. Mitglieder des Bismarckbundes, 16- und 17jährige Gymnasiasten Helfer und Mitwisser der Mörder! Denkt einmal an das tägliche Geschrei gerade der Rechtspresse über die Verwahrlosung der Großstadtjugend, der Arbeiterjugend. Denkt daran, wie man diejenigen verurteilt hat, die in den Kämpfen anläßlich des März- und Kapp-Putsches zur Waffe gegriffen hatten! Heute rücken wohl noch außen die nationalistischen Organisationen von den Mördern ab, aber doch ist man stolz über solche Retter des Vaterlandes.

Mitschuldig an dieser Tat sind alle die Blätter, die diese beispiellose Hetze gegen die „Berliner Judenregierung" entfaltet haben, mitschuldig sind aber in weit höherem Maße die nationalistischen Jugendorganisationen, die den Gedanken des Rachekrieges in die Jugend einpflanzen und sie damit zu den Mordtaten gegen alle Andersdenkenden veranlaßten. Was wir in so vielen Versammlungen und Zusammenkünften mit den deutschnationalen Bünden erfahren, nämlich daß zu ihren Kampfmitteln auch Revolver und Gummiknüppel gehören, hat eine empörende Bestätigung erfahren.

Dieser Geist, über den die rechtsstehende Presse nicht geiert, weil er geboren ist aus der alten militaristischen Erziehung, der eingezogen ist in breite Schichten des Volkes von dem Tage an, wo die Menschheit sich gegenseitig abschlachten mußte, findet auch heute noch in der Republik lebhafte Unterstützung an den höheren Schulen. Diese sind die wahren Brutstätten der Reaktion, hier bezahlt die Republik eine Oberlehrer- und Professorenschaft, die in ihrer Mehrheit ihre ärgsten Feinde sind. Die wenigen Republikaner gehen unter und werden zur völligen Untätigkeit verurteilt.

Ist es möglich, daß ein Direktor eines Neukölner Lyzeums nichts von Rathenau bei der angeordneten Trauerfeier weiß? Müßte dieser Staatsbeamte, der von der Republik sein Gehalt bezieht, nicht zumindest wegen Unfähigkeit von seinem Posten entfernt werden?

Hier hilft nur eines: rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Lehrpersonen, die ihre Stellung dazu benutzen, um der Reaktion Helferdienste zu leisten. Die Arbeiterschaft hat darüber zu wachen, daß die beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß sie **Anwendung** finden. Des weiteren sollen sich die Arbeitervertreter erneut zur Schulfrage widmen. Hinweg mit den nationalistisch verseuchten Klassenschulen! Sorgt dafür, daß dem Proletarierkinde alle Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden! Dann wird der Mangel an Neuauflagen, an wissenschaftlich durchgebildeten Republikanern für die Zukunft behoben sein.

Doch auch für uns heißt es arbeiten: Oeffnet allen denjenigen die Augen, die als Arbeiterkinder heute noch in bürgerlichen, nationalen Vereinen stehen, die zum großen Teil nur nicht wissen, wie sehr sie ihre eigenen Klassenfeinde unterstützen.

Jeden sozialistischen Vater und jeder Mutter sollten die letzten Ereignisse die Augen geöffnet haben, wie weit die nationalistische Verhetzung der Jugend gediehen ist und sie sollten dafür sorgen, daß die eigenen Kinder den Weg in die sozialistische Jugendorganisation finden!

Sorgt dafür, daß die Zukunft unser ist!

Schöne und wahre Worte

„Ich will" ist ein gewichtig Wort,
Spricht mit sich selbst der Mann;
Doch steht gemäßer er der Welt,
Er will doch nur: „Ich kann".

Franz Grillparzer.

*

Niemand lernt etwas durch bloßes Anhören, und wer sich in gewissen Dingen nicht selbst tätig bemüht, weiß die Sachen nur oberflächlich und halb.

Man glaubt nicht, welchen Schaden es einem guten Kopfe tut, wenn er sich mit etwas Dummem befaßt.

Goethe im Gespräch mit Eckermann.

*

Vor dem Tod erschrickst du? Du wünschest, unsterblich zu leben?
Leb im Ganzen! Wenn du lange dahin bist, es bleibt.

Schiller.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen ruft ihre angeschlossenen Verbände zum internationalen Jugendtreffen vom 19. bis 21. August in Salzburg (Deutschösterreich) auf. Aus allen Ländern kommt die proletarische Jugend zusammen, um den Gedanken des internationalen sozialistischen Kampfes fester und tiefer in die Herzen zu pflanzen. Es gilt, auch neue die Kampfscharen des jungen Proletariats enger zu schließen. Unsere österreichischen Genossen und Genossinnen setzen alle Kraft daran, aus die Tage in Salzburg zur dauernden Erinnerung zu gestalten. Im Mittelpunkt steht eine internationale Jugendkundgebung, umrahmt von künstlerischen Darbietungen. Zum Abschluß finden gemeinsame Wanderungen in die herrliche Umgebung statt. Alle Genossen und Genossinnen, die sich am internationalen Jugendtreffen beteiligen wollen, senden ihre Anmeldung an die Bezirksleitung, Berlin-Brandenburg, Breite Straße 29. Falls keine größere Geldentwertung eintritt, werden die Kosten für die Fahrt, Uebernachten und Verpflegung vom 19. bis 21. August ungefähr 1200 M. betragen. Reichszentrale der Sozialistischen Proletarischen Jugend Deutschlands.